



AUCH  
100%  
SOZIAL  
KOMMUNAL

Das LINKE  
Wahlprogramm für  
die Städteregion  
Aachen 2014

[www.dielinke-aachen.de](http://www.dielinke-aachen.de)

**DIE LINKE.**

Kreisverband Städteregion Aachen

## Inhalt

Für den sozial-ökologischen Wandel und echte Mitbestimmung .....	3
Hilfe für Kommunen in Not – Alternativen sind möglich .....	5
Wirtschaft und Arbeit – Gemeinwohl vor Profit .....	8
Armut bekämpfen – soziale Gerechtigkeit schaffen .....	11
Linke Umweltpolitik – global denken, lokal handeln .....	13
Mobilität für alle – soziale und ökologische Verkehrspolitik .....	18
Wohnraum und Energie bezahlbar für alle! .....	20
Alle an Bord – für gerechte Bildung und Inklusion .....	24
Kinder- und Jugendpolitik – Selbstentfaltung ermöglichen .....	31
Altern in Würde in der Mitte der Gesellschaft .....	34
Gesundheit und gute Pflege vor Profit .....	35
Sport ist Lebensqualität .....	41
Linke Stadtentwicklung für eine lebenswerte Städteregion .....	42
Linke Kulturpolitik – der schöpferischen Freiheit den Weg bereiten .....	44
Integration vor Ort gestalten – für ein solidarisches Miteinander .....	46
Kein Mensch flieht freiwillig – Flüchtlinge willkommen heißen .....	48
Für eine bunte Städteregion – gegen Faschismus und Rassismus .....	50
Transparenz schaffen – Bürgerrechte stärken .....	53

## Für den sozial-ökologischen Wandel und echte Mitbestimmung

DIE LINKE steht für eine soziale und ökologisch nachhaltige Politik. In den vergangenen fünf Jahren haben wir uns in der Städteregion und vielen Städten für soziale Gerechtigkeit, lebenswerte Städte für alle und die Erhaltung der Umwelt eingesetzt. Wir stehen für Bürgerbeteiligung und Re-Kommunalisierung – für den Erhalt bzw. Rückwerb des öffentlichen Eigentums, im Dienste aller, die in der Städteregion Aachen leben.

DIE LINKE steht für Vielfalt, ein selbstbestimmtes Leben und die Gleichberechtigung verschiedener Lebensweisen im friedlichen Miteinander. Wir entwickeln unsere Politik in gleicher Weise auf Grundlage von Überzeugungen und sachlichen Kriterien. Wir verkaufen unsere Meinung nicht an mächtige Interessengruppen, sondern orientieren sie an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger.

DIE LINKE steht für Gemeinschaft statt Vereinzelung und Ausgrenzung. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der alle die Chance auf ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben haben. Herkunft, Alter und Geschlecht dürfen nicht Grundlage vermindelter Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in allen seinen Facetten sein. Wir stehen für eine Gesellschaft, in der alle Menschen die vollen Bürgerrechte dort ausüben können, wo sie ihren Lebensmittelpunkt haben.

DIE LINKE steht für ein alternatives Gesellschaftskonzept. Dem Wettbewerb, der Behauptung des Stärkeren, der Isolation und der massenhaften Verarmung des Kapitalismus setzen wir die demokratische Teilhabe, die demokratische und nachhaltige Planung und das gesellschaftliche Miteinander einer sozialistischen Gesellschaft entgegen. Die Menschheit hat extremen Reichtum geschaffen – wir wollen, dass alle sich daran beteiligen können. Dieser Idee der Beteiligung wollen wir mit jeder einzelnen Forderung zur Verbesserung der Lebensverhältnisse hier und heute näher kommen.



**Am Reichtum der Menschheit sollen alle beteiligt werden.**

Seit der Kommunalwahl 2009 haben wir uns vielerorts gegen Privatisierungen, Verschlechterungen kommunaler Dienstleistungen und für kommunale Betriebe, gegen Leistungsverdichtung in den Verwaltungen und schlechte Bezahlung, für Mindesttarife, gegen Kürzungen im sozialen, kulturellen oder Bildungsbereich eingesetzt. Nach wie vor mahnen wir eine hinreichende finanzielle Ausstattung unserer Kommunen als Voraussetzung einer sozialen und bürgernahen Politik an.

Wir brauchen den sozial-ökologischen Umbau unserer Region. Eine Vision, die ein Gebot der Stunde, der sozialen Gerechtigkeit, der ökologischen, sowie der wirtschaftlichen Vernunft ist. Dieser Umbau hat das Potential Menschen zu begeistern. Er ist zukunftsweisend und eröffnet unseren Kindern realistische Lebensperspektiven.

Wir werben darum, möglichst viele der Dinge des alltäglichen Gebrauchs und Verbrauchs regional zu produzieren. So schaffen wir Arbeitsplätze in der Region und bedienen soziale und ökologische Zwecke. Selbstversorgung mit Produkten aus der Region vermeidet lange umweltschädliche Transportwege rund um den Globus.

Die Städteregion Aachen kann eine regionale Vorreiterrolle beim Ausbau von Solaranlagen, Windanlagen und Stromspeichern einnehmen. Damit würde nicht nur der Klimawandel bekämpft, sondern auch die Energieinfrastruktur insgesamt modernisiert. Hier sollte die RWTH mit ihrem großen wissenschaftlichen Potential eine friedensstiftende und zukunftssträchtige Rolle spielen, statt ihre Forschungsenergie in Militärforschung zu vergeuden.

Das Leben in unseren Kommunen verändert sich durch eine fortschreitende soziale Spaltung. Während eine gesellschaftliche Minderheit für sich arbeiten lässt, leidet die Mehrheit einerseits unter massivem Leistungsdruck und der Entgrenzung von Erwerbsarbeit und Privatleben, andererseits oftmals unter Niedriglöhnen oder Erwerbslosigkeit. Initiativen zur gerechten Verteilung der Arbeit scheinen dringend geboten. Gerade industrielle Arbeitsplätze, und die damit oft verbunden Beschäftigungsmöglichkeiten, auch für Geringqualifizierte, sind in der Städteregion zunehmend gefährdet. Wir entwickeln ein Strukturproblem. Mit ausschließlichen Beschäftigungsmöglichkeiten im akademischen Sektor und im Dienstleistungsbereich können in der Städteregion Aachen nicht ausreichend vielfältige Erwerbsmöglichkeiten angeboten werden um alle Menschen mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten in Beschäftigung zu halten und zu integrieren.

Auch in anderen europäischen Staaten erleben wir eine Spaltung der Gesellschaft. Die Menschen in ihren Gemeinden von Griechenland bis Portugal leiden unter einer europäischen Politik, die soziale Errungenschaften zunehmend gefährdet und bei Vielen Zweifel am humanistischen Wertegerüst der europäischen Gemeinschaft aufkommen lässt. Auch hier sind wir als DIE LINKE die Alternative und sagen: Ein anderes Europa ist möglich!

DIE LINKE hält den Karlspreis für ungeeignet, ein Europa der Menschen zu fördern. Die Träger dieses Preises bilden eine lange Galerie neoliberaler Vorreiter. DIE LINKE fordert daher, die Beteiligung der Stadt Aachen am Karlspreis zu beenden!

Wir streiten – hier in der Städteregion aber auch europaweit – dafür, dass in unseren Städten und Gemeinden niemand in die soziale oder kulturelle Isolation gedrängt wird. DIE LINKE setzt sich für alle ein, die mit wenig Geld auskommen müssen, die unter Leistungsdruck, Erwerbslosigkeit oder Ausgrenzung leiden, sei es aufgrund von Alter, Herkunft oder Geschlecht. Wir animieren Andere, sich uns anzuschließen.

**Es lohnt sich, DIE LINKE zu wählen!**

## Hilfe für Kommunen in Not – Alternativen sind möglich

Die Kommunen leiden seit geraumer Zeit an einem chronischen Finanzierungsdefizit, das in hohem Maße durch die Aufgaben verursacht wird, die aus den Gesetzen von Bund und Land folgen. Des Weiteren wurde durch Steuersenkungen des Bundes den kommunalen Kassen massiv Geld entzogen.

Die Ausgaben für gesetzliche Aufgaben übersteigen in vielen Kommunen in NRW inzwischen die zugewiesenen Einnahmen. Statt den wachsenden Reichtum zur Finanzierung notwendiger, gesamtgesellschaftlicher Aufgaben zu nutzen, hat der Staat das Gegenteil getan: Mit immer neuen Steuergeschenken hat er seine Einnahmen massiv geschwächt und gleichzeitig den privaten Reichtum gefördert.



Investitionen zur Erhaltung und Verbesserung in den Bereichen Kinder, Jugend, Bildung und Soziales – und in die Sanierung von Schulen, Straßen, Bibliotheken, Schwimmbäder, Theater uvm. können deshalb nicht ausreichend finanziert werden. Öffentliche Armut ist allgegenwärtig und unübersehbar. Fehlende Investitionen in die Infrastruktur und Daseinsvorsorge – bedingt durch chronische Unterfinanzierung – gefährden die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

### **Öffentliche Armut steht privatem Reichtum gegenüber**

Die Besteuerung großer Vermögen ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der ökonomischen Vernunft und letztendlich der einzige vernünftige Ausweg aus der Krise für Kommunen, Länder und Bund.

Zur Entlastung der NRW-Kommunen sind zusätzlich mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr nötig, um die bundes- und landespolitischen Fehler der Vergangenheit auszugleichen. Die Folgen der mangelnden Finanzierung bei den Sozialausgaben (u.a. Unterkunftskosten SGB II), der massive Einnahmeverlust durch Steuersenkungen und die Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich müssen korrigiert werden. Diese Fehler sind für die kommunale Finanzmisere und den Anstieg der Kassenkredite in NRW wesentlich verantwortlich. Die kommunalen Kassenkredite zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit haben in der Städteregion einen neuen Höchststand erreicht. Berücksichtigt man alle bundes- und landespolitischen Verstöße gegen das Konnexitätsprinzip (wer bestellt, der muss auch bezahlen), ergibt sich bei den Kassenkrediten rein rechnerisch eine „Fremdverursachungsquote“ von 80 Prozent und mehr. Das Prinzip der Konnexität muss auf allen staatlichen Ebenen wieder strikte Beachtung finden.

### **In der Städteregion wachsen viele Kinder in Armut auf**

Die Stärkungspakt-Beteiligungsmodelle von SPD und Grünen in NRW sind weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein. In der Städteregion sind Monschau, Stolberg und Würselen davon betroffen. Diese Kommunen werden gezwungen ihre freiwilligen Ausgaben zu kürzen. Die kommunale Selbstverwaltung besteht dann nur noch auf dem Papier. Um die öffentlichen Einnahmen für die Städte und Gemeinden in NRW zu stärken, braucht es eine komplette Entschuldung und eine dauerhafte Anhebung des kommunalen Anteils im Gemeindefinanzierungsgesetz NRW (GFG) auf 28 Prozent. Eine Gegenfinanzierung wird nur durch die

Einführung einer Millionärssteuer und einer höheren Erbschaftssteuer möglich.

DIE LINKE setzt sich für ein Schuldenmoratorium und einen Altschuldenfonds für die überschuldeten Städte und Gemeinden ein. Die LINKE verteidigt die kommunale Selbstverwaltung gegen die Zwangsverwaltung der Regierungspräsidien.

Die Spaltung in reiche und arme Kommunen vertieft sich in NRW. Viele Städte sind in einer Abwärtsspirale aus Überschuldung, Abwanderung und sinkender Attraktivität gefangen. Aus der Spirale sinkender Handlungsfähigkeit und wachsender sozialer Probleme führt nur ein gesamtgesellschaftlicher Kraftakt heraus, der u.a. die Kommunen mit stabilen Steuereinnahmen ausstattet. Neben höheren Anteilen aus dem gesamtgesellschaftlichen Steueraufkommen müssen die Grund- und Gewerbesteuer dringend erneuert werden. Die Gewerbesteuer muss zu einer Gemeindegewerbesteuer weiterentwickelt werden. Eine Steigerung der Hebesätze zur Grundsteuer B zum Zwecke des Haushaltsausgleichs lehnen wir ab, denn diese werden auf die Menschen abgewälzt, die in Mietwohnungen leben und sorgen somit zu einer zusätzlichen Belastung.

DIE LINKE setzt sich weiterhin für den Erhalt und den Ausbau öffentlichen Eigentums ein, welches die allgemeinen Voraussetzungen für die Produktion und für die Reproduktion der Gesellschaft sichert.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen tritt ein für:

- die Verhinderung von Steigerungen der Hebesätze zur Grundsteuer B zum Zwecke des Haushaltsausgleichs;
- die dauerhafte Anhebung des kommunalen Anteils im Gemeindefinanzierungsgesetz NRW (GFG) auf 28 Prozent;
- die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer;
- ein Schuldenmoratorium und einen Altschuldenfonds für die überschuldeten Städte und Gemeinden;
- die Verteidigung der kommunalen Selbstverwaltung gegen die Zwangsverwaltung der Regierungspräsidien.

## Wirtschaft und Arbeit – Gemeinwohl vor Profit

Linke Politik stellt die grundlegenden Bedingungen, Handlungszwänge und Ziele kapitalistischen Wirtschaftens in Frage. Wir wollen ein Gesellschaftskonzept entwickeln in dem die Bedürfnisse von Mensch und Natur im Vordergrund stehen. Wir streben auch ökonomisch einen Weg aus der kapitalistischen Verwertungslogik an, hin zu einer Gesellschaft, in der die Wirtschaft entsprechend gesellschaftlicher Bedürfnisse geplant und demokratisch kontrolliert wird. Dafür ist gemeinsames solidarisches Handeln aller Menschen notwendig, die der Unterdrückung durch die Zwänge des Profits ausgesetzt sind. DIE LINKE unterstützt und fördert deshalb aktiv jede solidarische Vernetzung, die im Sinne der Menschen ist. Im ökonomischen Wettbewerb müssen sich nicht nur private Unternehmen und der einzelne Mensch, sondern auch die Kommunen in wachsendem Ausmaß gegeneinander behaupten. Städte und Gemeinden müssen immer größere Anstrengungen erbringen, um bestehende Betriebe zu halten und investitionswillige Unternehmen an ihren jeweiligen Standort zu binden. Am Erfolg dieser Anstrengungen hängen Arbeitsplätze und Einnahmen für die Kommunalkassen über die Gewerbesteuer.

DIE LINKE verweigert sich der falschen kapitalistischen Logik, dass der Wettbewerbserfolg der Einen zugleich den Verlust der Lebensqualität Anderer bedeuten muss. Das Ziel unserer Wirtschafts(förderungs)politik sind gleichwertige Lebensverhältnisse in der Region; dass geografische Grenzen, die Wirtschaftsräume mit unterschiedlich günstigen Bedingungen für Kapitalinvestitionen voneinander trennen, ausschlaggebend für die Lebensbedingungen der jeweiligen Bevölkerung sind, hält DIE LINKE weder für wünschenswert noch für vernünftig. Gerade weil die Investitionsentscheidungen der Privatgewerbetreibenden sich nach deren eigenen Gewinnmaximierungsinteressen und nicht nach der Bedürfnisstruktur der Kommunen richten, müssen die der Allgemeinheit zukommenden Erträge nicht nur erhöht, sondern auch gerecht verteilt werden. Darum tritt DIE LINKE dafür ein, dass ökonomisch starke Städte und Gemeinden den wirtschaftlich schwächeren angemessen zur Seite stehen, weil Solidarität und Zusammenarbeit den Bedürfnissen der Menschen besser dienen als ein Wettbewerb im Neben- und Gegeneinander.

Darüber hinaus betrachtet DIE LINKE eine verlässliche und bezahlbare Grundversorgung der Bevölkerung in den wichtigen Bereichen (Energie, Wohnen, Nahversorgung, Kulturangebote) als demokratische, öffentliche Aufgabe, die grundsätzlich von kommunalen Betrieben zu leisten ist. Kommunale Betriebe und Betriebe mit starker öffentlicher Beteiligung dürfen deshalb nicht als „Melkkühe“ für den Stadthaushalt wirtschaften, sondern müssen dem Auftrag der Daseinsvorsorge folgen. Sie haben sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung zu orientieren, sollen transparent organisiert und demokratisch kontrolliert werden, sowie personell und finanziell angemessen ausgestattet.

Die Stadt Aachen und die Städteregion kooperieren bereits heute in vielerlei Hinsicht, aber hinsichtlich ihrer Verwaltung bestehen sie weiterhin als unterschiedliche Wirtschaftsräume fort. DIE LINKE möchte als ersten Schritt eine gemeinschaftliche Wirtschaftsförderung erreichen. Das würde die vorhandenen Stärken aller beteiligten Kommunen der Region herausstellen und alle Ressourcen bestmöglich einsetzen. Langfristig wollen wir die Städteregion zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum zusammenfassen.

DIE LINKE streitet außerdem dafür, dass der öffentliche Sektor als Arbeitgeber bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen hohe Standards setzt, die auch bei der Vergabe von Aufträgen an den privaten Sektor als Maßstab Berücksichtigung finden müssen. Die wirtschaftliche Gestaltung Aachens darf die Stadt nicht zum Gabentisch für Investoren machen. Anstatt sich für eine demokratische Daseinsvorsorge einzusetzen, haben die bisherigen Mehrheiten im Stadtrat die wirtschaftliche Stadtentwicklung zu oft privaten Investitionsentscheidungen ausgeliefert. Die Entscheidungen zum Bau von ‚Konsumtempeln‘, wie den Aachen-Arkaden und bald der Kaiserplatz-Galerie, werden zu einer Verödung der Innenstadt führen, denn wo soll die Kaufkraft für die Neueröffnungen herkommen, wenn sie nicht zu Lasten des Einzelhandels oder der Nachbargemeinden gehen soll? Im Gegensatz dazu wird für die Nahversorgungsstrukturen in den Außenbezirken viel zu wenig getan. Diese sind jedoch für weniger mobile Menschen (aufgrund von Alter, Behinderung und familiärer- oder finanzieller Situation) unverzichtbar.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen steht für:

- eine Politik, die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt bekämpft und Chancengleichheit schafft; dabei muss der öffentliche Bereich vorbildhaft vorgehen; wir streiten für städtische Unternehmen, die gute Bezahlung, Qualifizierung und Ausbildung, interkulturelle

Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit gewährleisten; zudem sollen sich die öffentlichen Einrichtungen (einschließlich Eigenbetrieben und öffentlich finanzierten Einrichtungen) zum Ziel setzen, bis 2020 einen Anteil an weiblichen Beschäftigten, Beschäftigten mit Migrationshintergrund sowie Beschäftigten mit Behinderung zu erreichen, der mindestens dem Anteil an der Bevölkerung in der Region entspricht;

- kommunale und regionale Zusammenschlüsse als Alternative zu drohenden Privatisierungen;
- eine Geschäftspolitik kommunaler Unternehmen, die stärker an sozialen und ökologischen Zielen ausgerichtet ist;
- wir möchten sie zu echten BürgerInnen-Unternehmen machen und möglichst basisnah mit den Menschen erarbeiten, welche gesellschaftlichen Ziele mit ihnen erreicht werden sollen;
- die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger auch in weiteren öffentlichen Einrichtungen, z. B. durch Mieteräte in kommunalen Wohnungen;
- familienfreundliche Arbeitszeiten im öffentlichen Sektor und in der Privatwirtschaft; wir streiten für eine flächendeckende Versorgung mit qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungsangeboten;
- den Ausbau des Kulturangebots und die Sicherstellung der kulturellen Teilhabe für Alle;
- die Zusammenlegung der Wirtschaftsförderung von Städteregion und Stadt Aachen;
- die Überwindung des Wettbewerbs zwischen den Kommunen in der Städteregion bei der Ansiedlung und Besteuerung von Gewerbebetrieben;
- den Erhalt und die Stärkung der Sparkassen; Privatisierung oder Teilprivatisierung von Sparkassen lehnen wir ab;
- die Unterstützung von Belegschaften, die ihre Betriebe im Falle von Standortverlagerung, drohender Schließung oder erheblicher Kapazitätsverringering übernehmen wollen;
- eine Wirtschaftsförderung, die die Gründung und Gestaltung von Genossenschaften zum Aufbau einer regionalen „Gemeinwohlökonomie“ unterstützt;

- ökologische Auflagen für Neuansiedlungen und Neubauten von Unternehmen, oberhalb der Landesgesetzgebung und mit schärferen Kontrollen bei Nichtbeachtung;
- den Erhalt und Ausbau der öffentlichen Beschäftigung und Rekomunalisierung aller privatisierten Leistungen zu existenzsichernder Entlohnung, wie z. B. bei Sicherheits-, Wach- und Fahrdiensten, Schul- und Hausverwaltungen, Wäschereien, Reinigungs- und Friedhofarbeiten.

## Armut bekämpfen – soziale Gerechtigkeit schaffen

Armut grenzt aus, Armut macht krank, Armut ist menschenunwürdig. In Armut zu leben bedeutet für die betroffenen Menschen den weitestgehenden Ausschluss von sozialer und kultureller Teilhabe. Für Kino, Kultur- und Sportveranstaltungen fehlt schlichtweg das Geld, wie auch für viele andere Lebensbedürfnisse, die für die Mehrheit der Gesellschaft nahezu selbstverständlich sind. Armut ist jedoch kein unveränderbares Schicksal. Armut ist Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, innerhalb derer sich ein kleiner Teil der Gesellschaft einen ständig wachsenden Reichtum aneignet. Auf der anderen Seite wird dadurch die Kluft zwischen Arm und Reich immer tiefer. Diese Entwicklung ist jedoch – entgegen der herrschenden Propaganda – keineswegs systemneutral, sie hat ihre Ursache im kapitalistischen Wirtschaftssystem, das durch massenhafte Arbeitsplatzvernichtung und zunehmender Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse immer weniger Menschen eine lebenswerte Perspektive bietet.



**Wir brauchen systematische Armutsbekämpfung.**

Die Massenerwerbslosigkeit, Hartz IV und die ständige Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse sind verantwortlich für die Verarmung von immer mehr Menschen in den Kommunen.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen setzt sich ein für:

- die volle Kostenübernahme für Wohnraum und tatsächliche Heizkosten sowie gegen Zwangsumzüge;
- die Schaffung einer Ombudsstelle in den Jobcentern als Vermittler bei Problemen, damit überflüssige Sozialgerichtsverfahren verhindert werden und Betroffene schneller zu ihrem Recht kommen;
- die kostenlose Bereitstellung sämtlicher Bildungsangebote und -leistungen für Kinder von Geringverdienenden, SGB II und SGB XII LeistungsbezieherInnen;
- ein Jobcenter ohne Ermittlungsdienst, Schluss mit Generalverdacht und Bespitzelung ALG II EmpfängerInnen;
- ein Sanktionsmoratorium, das die menschenverachtende Sanktionspraxis der Jobcenter auf kommunaler Ebene aussetzt;
- ein Jobcenter ohne Sicherheitskräfte, mit fachlich kompetentem Personal, das Transparenz durch Offenlegung seiner Arbeitsanweisungen und die Kosten der Maßnahmen zeigt und alle gleich behandelt, indem man Ermessensleistungen durch Arbeitsanweisungen entsprechend verbindlich festschreibt;
- eine regionale Arbeitsmarktpolitik, nach den Bedürfnissen der Menschen vor Ort ausgerichtet und die Perspektiven auf dem ersten Arbeitsmarkt bietet (Vorrang von Qualifizierung und Weiterbildung vor „Aktivierung“ und schneller Vermittlung);
- die Wiederherstellung der Mobilität für Geringverdienende und LeistungsbezieherInnen nach dem SGB II und SGB XII durch ein Monatsticket für Bus und Bahn, das an die Höhe des im Regelsatz festgelegten Betrages für Mobilität angepasst ist – DIE LINKE hat ein Mobil-Ticket durchgesetzt, das mit 27,80 Euro jedoch noch viel zu teuer ist;
- einen Sozialtarif für den Bezug von Strom aus 100 Prozent erneuerbaren Energien für Geringverdienende und LeistungsbezieherInnen nach dem SGB II und SGB XII;
- eine soziale Gestaltung der Gebühren und Eintrittspreise kommunaler Einrichtungen (Schwimmbäder, Bibliotheken, Theater etc.) für Geringverdienende und LeistungsbezieherInnen nach dem SGB II und SGB XII;

- die Ausweitung der kostenfreien Schuldnerberatung auf ALG I-EmpfängerInnen und Geringverdienende;
- die Erstellung eines aussagekräftigen Armuts- und Reichtumsberichts und Ernennung eines Armutsbeauftragten zur Sicherstellung einer wirksamen Armutsbekämpfung;
- Leistungsvereinbarungen mit sozialen Verbänden und Initiativen, die ausreichend und kontinuierlich finanziert werden und nicht der Kürzungspolitik der Kommunen zum Opfer fallen.

### **Kommunalpolitische Handlungsmöglichkeiten**

Für eine wirksame Armutsbekämpfung auf kommunaler Ebene ist es erforderlich, zunächst einmal kommunalpolitische Handlungs- und Entscheidungsspielräume in den Blick zu nehmen. Hartz IV z. B. ist zwar ein Bundesgesetz, und es herrscht vielfach die Meinung vor, dass deshalb auf kommunaler Ebene, bis auf dämpfende oder flankierende Maßnahmen, keine kommunalen Handlungsspielräume bestünden. Bei den „Kosten der Unterkunft“, die für den größten Teil der Hartz IV-Betroffenen darüber entscheiden, ob sie in zum Teil menschenunwürdigen Wohnverhältnissen leben müssen oder durch nicht anerkannte Wohnkosten gezwungen sind umzuziehen oder die Differenz zur tatsächlichen Miete aus dem Regelsatz zu bestreiten, können die Kommunen jedoch sehr wohl Einfluss nehmen. Sie allein entscheiden darüber in welcher Höhe sie Wohnkosten für Menschen übernehmen, die von Hartz IV oder Grundsicherung leben müssen.

## **Linke Umweltpolitik – global denken, lokal handeln**

Jedes kommunalpolitische Handeln muss konsequent auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit hin überprüft werden: bei der Stadtentwicklungs- und Verkehrsplanung, der Industrie- und Gewerbeansiedlung, dem Flächen- und Landschaftsverbrauch, beim öffentlichen und privaten Wohnungsbau, der Energieversorgung, der Abfall- und Wasserwirtschaft, im kommunalen Beschaffungswesen, bei öffentlichen Immobilien usw.

Kommunalpolitik kann durch eigenes Handeln, vielfältige Einflussnahme, Beratung und Beteiligung der EinwohnerInnen sowie durch ein

entsprechendes politisches Klima sehr wichtige Beiträge zu einem wirksamen ökologischen Kurswechsel leisten und auf die Politik der übergeordneten staatlichen Instanzen und Genehmigungsbehörden entsprechend Einfluss nehmen.

DIE LINKE unterstützt kommunal und auf allen Ebenen die EinwohnerInnen sowie ihre Vereinigungen, die sich gegen Umweltbelastungen und -gefahren wehren oder den Naturschutz fördern. Sie unterstützt den Kampf um ökologische Alternativen auf allen Gebieten. Sie setzt sich dafür ein, dass auch die Gewerkschaften das Thema Umwelt- und Ressourcenschutz noch ernster nehmen und das Scheindilemma „Umwelt oder Arbeitsplätze“ überwinden. Umweltschutz, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit bilden für uns eine Einheit und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Das technisch und wirtschaftlich Machbare muss politisch gewollt werden. DIE LINKE tritt für den Vorrang des Erhalts der Umwelt vor Kapitalinteressen ein. Diejenigen Menschen leiden am stärksten unter dreckigem Wasser, verpesteter Luft, Lärm, Radioaktivität und verseuchten Böden, die sich aus finanziellen Gründen dem nicht entziehen oder sich dagegen schützen können.

Kern des sozial-ökologischen Umbaus ist ein Wechsel hin zu einer sozialen, ökologischen und demokratisch kontrollierten Energieversorgung.



**Der Ausbau erneuerbarer Energien muss weiter gehen.**

Darüber wird auch von KommunalpolitikerInnen entschieden. DIE LINKE steht konsequent für eine kommunale und dezentrale Energieerzeugung und -nutzung. Der Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien auf 100 Prozent ist nötig und muss jetzt konsequent angegangen werden. Dabei muss auf die Einhaltung ökologischer Kriterien geachtet werden. Das gilt insbeson-

dere für Biomasse, Wind- und Wasserkraft. Die Planung und Ausweisung von Standorten für Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien wie Windkraftanlagen soll städteregional erfolgen. Wir streiten für ein umfangreiches Investitions- und Förderprogramm, das Bürgerinnen und Bürger bei der Installation von Erneuerbaren-Energie-Anlagen auf den

250.000 Dächern, die das Solarkataster erfasst hat, wirkungsvoll unterstützt. Es wäre nicht nur gut für den Klimaschutz, sondern auch ein Motor für Innovation, qualitatives Wachstum und sinnvolle Beschäftigung.

Der beste Müll ist der, der gar nicht erst entsteht. Konsequenter Müll vermeiden, vermindern und wieder verwerten, Mülltrennung an der Quelle durchführen, sowie Müllvermeidung durch kommunale Gebührengestaltung fördern sind wesentliche Voraussetzungen, um aus der teuren Müllverbrennung weitgehend wieder auszusteigen und umweltschonende Verfahren anzuwenden. Die Biotonne muss in der gesamten Städteregion eingeführt werden. So können z. B. biologisch-mechanische Abfallbehandlungsanlagen den Restabfall sinnvoller entschärfen und eine stoffstromspezifische Wiederverwertung bzw. Entsorgung gewährleisten.

Eine ökologische Abfallwirtschaft ist allerdings nur möglich, wenn sie in öffentlicher Hand liegt. Inzwischen werden, gerade in der Abfallwirtschaft, privatisierte Unternehmen in kommunales Eigentum zurückgeführt. Immer mehr Menschen erkennen: Privatisierte Unternehmen sind nicht leistungsfähiger und preisgünstiger.

Kommunale Abwässer müssen oft unter hohem Aufwand gereinigt werden. Häusliche Abwässer, häufig durch zahlreiche, problematische Reinigungsmittel und andere Chemikalien belastet werden, darüber hinaus noch mit hoch befurchteten Einleitungen aus Industrie- und Gewerbebetrieben vermischt. Wir wollen weitere Anstrengungen, um weniger Schadstoffe ins Abwasser zu leiten. Dazu gehört auch der Verzicht auf Auftausalz.

Wir lehnen darüber hinaus allerdings eine grundsätzliche Überprüfungspflicht der privaten Abwasserkanäle (Dichtheitsprüfung) ab. Voraussetzung für eine Überprüfung muss eine konkret nachweisbare Umweltgefährdung oder die Gefährdung der Wasserversorgung sein. Die Bundesregierung hat mit Bundesdrucksache 17/8298 vom 03.01.2012 auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE geantwortet, dass ihr keine Gutachten vorliegen, die eine genaue quantitative Beurteilung der Beeinträchtigung von Grundwasser durch private Abwassereinleitungen erlauben. Dies werten wir als Bestätigung unserer Zweifel an der Notwendigkeit von Dichtheitsprüfungen. Auch halten wir, bei genauerer Betrachtung, die konkreten Zusammenhänge von Auftragsvergabe und ausführenden Firmen oftmals zumindest für erstaunlich. In Anbetracht dessen, dass die Dichtheitsprüfung der Reinhaltung des Trink- bzw. Grundwassers dienen soll (Umweltschutzgründe), stellt sich die Frage, warum die Bezirksregierung Arnsberg (zuständig für Bergrecht) großen

Energieunternehmen in NRW die Voraussetzungen an die Hand gegeben hat (auch in unserer Region durch Zuteilung des sog. Erlaubnisfeldes „Rheinland“) sogenannte „Fracking-Bohrungen“ durchzuführen. Dabei werden große Mengen eines Chemiecocktails mit hohem Druck ins Erdreich gepumpt, die das Trink-/Grundwasser kontaminieren können. Hier wird Unternehmen die legale Möglichkeit/Voraussetzung gegeben, das Grundwasser in unabsehbarem Maße zu verunreinigen, während der Bürger aus Aachen und der Städteregion durch § 61a LWG NRW unter Generalverdacht gestellt wird, das Grundwasser durch kaputte Abwasserohre zu verunreinigen und mit erheblichen schwer kalkulierbaren Kosten für die Prüfung und evtl. Sanierung belastet wird!

Bis in den Norden unserer Region reichen Pläne zur Vorbereitung der Gewinnung von Erdgas durch das sog. „Fracking“. DIE LINKE ist hier die einzige Partei, die sich konsequent gegen jegliche Form dieser Rohstoffgewinnung ausspricht. Abseits der enormen Risiken, die diese Technologie birgt, wie z. B. Kontamination des Grundwassers, steht der Einsatz von Fläche, Material und Energie in keinem Verhältnis zum volkswirtschaftlichen Nutzen. Sie ist eine Gefährdung für Städte und Gemeinden und die Menschen, die in ihnen leben.

Fassadenbegrünung spendet Kühle durch Verdunstung. „Urban Gardening“ ist inzwischen eine weltweite Bewegung: Balkone, Laubengänge und Brachflächen werden begrünt, um das Stadtklima zu verbessern, Gemüse zur Selbstversorgung oder Vermarktung anzupflanzen oder einfach um miteinander zu gärtnern. Gemeinschaftsgärten gibt es auch schon im Aachener Stadtgarten (Vielfeld) und in der Richardstraße. Diese sollten gefördert werden. Vielfältiges Grün, Parks, naturnahe Gartengebiete, verbindliche Biotopverbundkonzepte, möglichst großräumige Landschafts- und Naturschutzgebiete, sowie natürlich fließende Bäche und Flussläufe bilden die Voraussetzung für das Wohlbefinden der Menschen in Städten und ländlichen Siedlungsgebieten. Gerade kommunale Planungen müssen deshalb europäische Verpflichtungen zum Natur- und Artenschutz verantwortungsvoll umsetzen. Dies gilt vor allem bei Straßenplanungen, Flächennutzungs- und Bebauungsplänen.

DIE LINKE unterstützt die regionale Produktion und Vermarktung von Waren aus ökologischer Herstellung. Dadurch werden weite Transporte vermieden und die regionale Wirtschaft gefördert. Wir wollen eine nachhaltige Regionalpolitik, die neue Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Dafür ist die Ausarbeitung ökonomischer, ökologischer und sozialer Zielsetzungen erforderlich.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen engagiert sich für:

- den Umstieg auf hundert Prozent erneuerbare Energien;
- die weitgehende Übernahme der Netzstruktur durch die kommunalen Energieversorger;
- den sofortigen Ausstieg der kommunalen Energieversorgung aus der Atomenergienutzung;
- kommunale Bemühungen auf euregonaler bis hin zu europäischer Ebene zur Stilllegung der Atomkraftanlagen in den Nachbarländern;
- die absolute Energieversorgung durch regenerative Energien bei kommunalen Neubauten, und in kurzfristiger Zielstellung ebenfalls in bestehender Substanz öffentlicher Gebäude;
- die Neuauflage bzw. Aufstockung von Förderprogrammen zur nachträglichen Wärmedämmung des Altbaubestandes;
- den geringstmöglichen Eingriff in den Naturhaushalt bei Bauvorhaben; die Sanierung von Bestandsgebäuden hat, vor dem Hintergrund zurückgehender Einwohnerzahlen, Vorrang vor Neubaumaßnahmen;
- eine Beurteilung von Bauvorhaben danach, ob sie sozial und ökologisch vertretbar sind und keine vermehrte Umweltbelastung und höhere Mieten mit sich bringen;
- eine Reduzierung der Lärm- und Feinstaubbelastung, vor allem in den Innenstädten;
- wirksame Baumschutzsatzungen in allen Kommunen der Städteregion, Befreiungen davon müssen erst beraten und politisch getragen werden, etwa von den Umweltausschüssen;
- ein Verbot von Flächenfreigaben für genmanipuliertes Saatgut; kein Ankauf von Flächen, auf denen genmodifiziertes Saatgut eingesetzt wurde durch die öffentliche Hand;
- die Förderung von "urban gardening" zur Verbesserung der Luft- und Lebensqualität;



**AKW Tihange muss stillgelegt werden.**

- einen sofortigen Stopp des Versuchs zusätzliche Wasserschutzgebiete im Raum Aachen auszuweisen, um die Dichtheitsprüfung nach §61a LWG NRW privater Abwasserkanäle in diesen Gebieten durchführen zu können;
- den kurzfristigen Ausstieg aus dem Verbrauch fossiler Brennstoffe und für das Verbot von „Fracking“ zur Gasgewinnung.

## Mobilität für alle – soziale und ökologische Verkehrspolitik

Der motorisierte Individualverkehr nimmt überhand. Dies führt zu enormen Belastungen der Umwelt. Gleichzeitig wird beim öffentlichen Personenverkehr gespart und dringende Ausbaumaßnahmen unterbleiben. So ist für Menschen, die nicht mit dem Auto unterwegs sein können oder wollen, die Mobilität immer stärker eingeschränkt. Sparmaßnahmen bei Bus und Bahn treffen besonders Jugendliche, ältere Menschen und solche, die sich kein Auto leisten können.

DIE LINKE will den motorisierten Individualverkehr zugunsten des öffentlichen Verkehrs zurückdrängen und ein Grundrecht auf Mobilität für Alle gewährleisten. Die Bereitstellung eines attraktiven öffentlichen Personenverkehrs ist für uns eine soziale und ökologische Frage. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, den ständigen Sparmaßnahmen im öffentlichen Verkehr intelligente Verkehrskonzepte entgegen zu setzen. Im Jahr 2013 zeigten sich die Auswirkungen der jahrelangen Kürzungs- und Auslagerungspolitik besonders drastisch, als bis zu 100 Busfahrten pro Tag ausfielen.

In den vergangenen Jahren konnte nicht zuletzt Dank des Drucks von LINKS ein Mobilitätsticket für von Hartz IV betroffene Menschen erstritten werden. Selbstverständlich bestanden alle anderen Parteien auf einem Preis, der den Betrag, der im Hartz IV-Satz für Mobilität vorgesehenen ist, deutlich übersteigt. Mit der gleichen Selbstverständlichkeit werden Jahr um Jahr die Fahrpreise erhöht, dagegen stimmt nur DIE LINKE. Die Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) muss perspektivisch neu gedacht werden, Alternativen wie ein fahrscheinloser Nahverkehr müssen geprüft werden.

Öffentliche Verkehrsunternehmen dürfen nicht privatisiert oder dem Profitstreben untergeordnet werden. Verkehrssubventionen zur Steuerung der Takte und zum Ausbau der Verkehrssysteme sind erforderlich, um den Herausforderungen an soziale und ökologische Mobilität gerecht zu werden. Wenn Verkehrsnetze rentabel sein müssen, geht das zwangsläufig auf Kosten der Takte und Strecken.

Ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr und die stärkere Berücksichtigung von Fußgängern und Fahrradfahrern im Straßenverkehr bedeuten weniger Schadstoffbelastung, weniger Lärm und weniger Unfälle. Die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden würde dadurch wesentlich verbessert.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen macht sich stark für:

- einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr mit bezahlbaren Tarifen, besonders für Menschen mit wenig Geld;
- Barrierefreiheit und familienfreundliche Lösungen im ÖPNV – wer auf einen Rollstuhl oder Rollator angewiesen ist oder mit einem Kinderwagen unterwegs ist, muss Bus und Bahn angstfrei nutzen können;
- den Ausbau des ÖPNV, insbesondere des schienengebundenen – die Euregiobahn muss elektrifiziert und erweitert werden, z. B. nach Baesweiler – dort, wo keine Bahn fährt, müssen verstärkt Schnellbusse eingesetzt werden;
- die Optimierung der Umsteigemöglichkeiten von Bahn und Bus, damit rasche Anschlüsse gewährleistet sind;
- den Ausbau des grenzüberschreitenden Verkehrs zu attraktiven Preisen;
- gegen den Neubau von Fernstraßen in der Städteregion;
- Fahrradschutzstreifen überall dort, wo sie möglich und sinnvoll sind – Radfahrer dürfen weder auf den Bürgersteig, noch auf Buckelpisten gezwungen werden; Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht für alle Strecken, auf denen dies als sinnvoll erscheint;
- den Ausbau von P&R Plätzen, auch für Pendler und Einwohner, die an ihren Wohnorten keine ausreichende Anbindung an den ÖPNV haben – die dafür räumlich am sinnvollsten P&R – Flächen sollen durch eine Bedarfsabfrage herausgearbeitet werden;

- den Erhalt der ASEAG als kommunale Verkehrsgesellschaft und damit für den Erhalt demokratischer Kontrollmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern über den öffentlichen Verkehr; Rekommunalisierung aller ASEAG Fahrten durch private Busunternehmen;
- den Betrieb der Regionalstrecken durch Bahn oder ASEAG;
- den Ausbau und die Sanierung des Radwegenetzes;
- die Takterhöhung der Buslinien im Altkreis, bessere Querverbindungen zwischen den Kommunen, Bedienung auch weniger frequentierter Strecken durch Kleinbusse oder als Zubringer zu den Verkehrsknotenpunkten;
- die Ausweitung des School & Fun-Tickets auch auf PraktikantInnen, FSJlerInnen, FÖJlerInnen, VolontärInnen usw.

## Wohnraum und Energie bezahlbar für alle!

Während immer mehr Menschen von ihrer Arbeit schlecht oder gar nicht mehr leben können, steigen vielerorts die Mieten und überall die Nebenkosten.

Investoren bauen dort, wo es Profit verspricht, teure Wohnungen. In Aachen wird derzeit viel gebaut. Gleichzeitig fallen in der Stadt immer mehr preiswerte Wohnungen, einst mit Steuergeldern günstig gebaut, aus der Sozialbindung. Das heißt: Die BesitzerInnen können die Miete

kräftig erhöhen. In anderen Teilen der Städteregion sind preiswerte Wohnungen vorhanden, entsprechen aber nicht mehr den heutigen Anforderungen der Menschen. Privatisierungen in der Vergangenheit, z. B. der Siedlung Preuswald in Aachen, ebenso Veräußerungen von Werks-, Landes- und Bahnwohnungen, haben

zur Verschärfung der Situation beigetragen. Auch in den letzten Jahren wurden unverantwortliche Entscheidungen getroffen. Dem Investor der Kaiserplatz-Galerie in Aachen wurde gestattet, mehrere tausend



Quadratmeter preiswerten Wohnraum in der Innenstadt zu vernichten. Als Ausgleich darf er Luxuswohnungen bauen. Das ist ein Skandal!

Eine Politik, die in der Wohnungspolitik nicht massiv eingreift, macht sich der Kumpanei mit kalten Profitinteressen schuldig. Ginge es nach dem Willen der Investoren, würde Wohnen in Aachen bald nur für Besserverdienende erschwinglich sein. DIE LINKE widersetzt sich dieser Entwicklung mit aller Entschiedenheit. Wir wollen eine lebenswerte Städteregion für alle hier lebenden Menschen. Ob jemand in Alsdorf oder in Aachen leben will, muss frei entscheidbar sein.

Aachen braucht dringend mehr bezahlbaren Wohnraum für Studentinnen und Studenten. Wenn die Aufnahme eines Studiums nicht vom Geldbeutel abhängig sein soll, ist nicht nur die Verhinderung von Studiengebühren, sondern auch eine akzeptable Wohnsituation nötig. Zudem beleben Studentinnen und Studenten eine Stadt.

Wie das Wohnen, ist auch die Versorgung mit bezahlbarer Energie ein Grundrecht. Zwar ist hier vor allem die Bundespolitik gefragt, doch haben die Kommunen die Pflicht, dafür zu sorgen, dass niemand von der Energieversorgung abgeschnitten wird.

Wir streiten dafür, dass die Kosten für Miete und Energie ein Drittel des Einkommens nicht übersteigen darf.

Auch die Art der Energieerzeugung wird in der Kommune mit entschieden. DIE LINKE lehnt Atomkraft und Kohlekraftwerke als unverantwortliche und überholte Technologien ab. Die Zukunft liegt in den regenerativen Energien. Diese können und müssen auch in der Städteregion ausgebaut werden. Um sowohl soziale als auch Umweltziele erreichen zu können, sind kommunale Energieversorger unabdingbar.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen befürwortet:

- die bedarfsgerechte Schaffung von gutem und bezahlbarem Wohnraum – in Aachen fehlen derzeit über 10.000 bezahlbare Wohnungen; Ziel muss sein, diese so schnell wie möglich zu schaffen; die Stadt muss sich Baugrund sichern (Vorkaufsrecht), gemeinsam mit der GeWoGe müssen massive Investitionen in den öffentlichen Wohnungsbau getätigt werden; bei privaten Bauprojekten im Mietwohnraum sollte 50Prozent davon mietpreisgebunden sein (abhängig von der Sozialstruktur des Viertels);
- die Rückorientierung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften auf ihre ursprünglichen Aufgaben: Die Bereitstellung, den Erhalt

und die Schaffung von günstigem, kommunalem Wohnraum. Für eine soziale Wirtschaftsweise und die Demokratisierung der Wohnungsbaugesellschaften. Gegebenenfalls müssen neue, rein städtische Wohnungsbaugesellschaften gegründet werden; nur durch mehr kommunalen Wohnungsbau kann die Wohnungsmisere wirklich überwunden werden;

- den Ausbau intelligenter Bauweisen nach modernen Standards – dadurch können Gebäude immer wieder neuen gesellschaftlichen Bedürfnissen angepasst werden.;
- eine komplette – der Öffentlichkeit zugängliche – Auflistung aller leerstehenden Gebäude mit Angabe des Leerstandsgrunds; alle Gebäude, die für Wohnzwecke geeignet sind, müssen entsprechend hergerichtet werden; bei Um- und Neubau sollte die langfristige Stadtviertel-Entwicklung bedacht werden;
- bezahlbare und gut ausgestattete Wohnungen in allen Teilen der Städteregion; wo preiswerte Wohnungen vorhanden sind, aber nicht dem aktuellen Standard entsprechen, müssen die Kommunen ihre rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen;
- ein Ende jeglicher Spekulation mit Wohnraum – denn „Wohnen ist Menschenrecht! – bei leerstehenden Gebäuden in Privatbesitz müssen die Kommunen der Städteregion alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, dieses unsoziale Handeln zu unterbinden (z. B. durch eine Zweckentfremdungsverordnung);
- die Stärkung des öffentlichen Eigentums. Dort, wo dringend preiswerter Wohnraum nötig ist, müssen die Kommunen Grundstücke kaufen, um sie vor dem Zugriff privater Investoren zu sichern. Auch der eigene Grundbesitz ist nach bebaubaren Grundstücken zu durchforsten. Wo sich Möglichkeiten bieten, sollen die Kommunen das öffentliche Eigentum durch den Ankauf von Immobilien erhöhen;
- den Erhalt statt des Verkaufs öffentlichen Eigentums. Immobilien, die für Wohnraum nutzbar oder umbaubar sind, dürfen nicht verkauft werden. Wir unterstützen den Bau von eigengenutzten Einfamilienhäusern. Der Erlös aus dem Verkauf dieses Baugrundes soll jedoch zu 100 Prozent zweckgebunden in den Erwerb von neuen Grundstücken/ Immobilien gehen und nicht in die Haushaltssanierung. Die Siedlung Preuswald gehört wieder in öffentliche Hand;

- Vielfalt: Alternative Wohnformen und genossenschaftlicher Wohnungsbau müssen ausgebaut werden;
- die Rückbesinnung der STAWAG und Enwor auf ihre ursprünglichen Aufgaben: Eine kommunale Energieversorgung, ökologisch verantwortungsvoll und zu erschwinglichen Preisen, bedarfs- statt marktorientiert;
- die uneingeschränkte Rekommunalisierung der Stromnetze;
- Versorgungssicherheit für jede und jeden. Solange es die Bundesregierung versäumt, die Menschen in Deutschland mit einer armutsfesten Grundsicherung vor Härten zu schützen und solange es keine bundesweite Regelung zur sicheren Versorgung aller Menschen mit preiswerter und ökologischer Energie gibt, dürfen die Stadt Aachen und die Städteregion die Menschen nicht alleine lassen! Die ganz oder teilweise kommunalen Energieversorger der Region müssen einen preiswerten Energietarif für Geringverdienende und Leistungsbeziehende nach SGB II und XII sowie Asylbewerberleistungsgesetz anbieten. Außerdem ist die Praxis der Energiesperren, Zinsforderungen, Mahn- und Absperrgebühren einzustellen. Bei finanziell schwächer Gestellten müssen auch kleinere Beträge im Fall der Ratenzahlung akzeptiert werden;
- kostenlose Beratung und Hilfe im Sinne der Betroffenen;
- rein kommunale Energieversorger und die Kommunalisierung der mehrheitlich RWE gehörenden EWW. Diese sollen erneuerbare Energien ausbauen und Kommunen, die ihre Stromnetze rekommunalisiert haben, beim Aufbau von lokalen Energieversorgungsunternehmen helfen. Investitionen in erneuerbare Energien sollen in der heimischen Region getätigt werden;
- eine ökologische Städteregion. Global denken heißt lokal Verantwortung übernehmen. Die Ablehnung der Atomkraft und der Verbrennung fossiler Rohstoffe als umweltfeindliche Technologien verpflichtet uns, den Ausbau der erneuerbaren Energien auch in der Region voranzutreiben. Die Bauprojekte müssen in öffentlicher Hand bleiben, unter demokratischer Einbeziehung der AnwohnerInnen stattfinden und durch die kommunalen Energieversorger realisiert werden. Ausgenommen hiervon sind Kleininvestitionen durch Privatpersonen.

## Alle an Bord – für gerechte Bildung und Inklusion

Bildung heißt, allen jungen und natürlich auch älteren Menschen Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen, um selbstbestimmt, kritisch, kreativ, bereit zur Gemeinschaftsarbeit und lebenslang lernbereit zu sein. Dem Ziel eines optimalen Bildungserfolgs sind Kindertageseinrichtung, Schule, Berufsausbildung, Hochschule und im weitesten Sinne auch kulturelle Einrichtungen verpflichtet.

### **Gute, gebührenfreie Kitas für Alle**

Seit dem 1. August 2013 haben alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf Betreuung. Verlässliche, gute Ganztagsangebote für Kinder in Kitas sind jedoch nach wie vor Mangelware. Gerade für Unter-Dreijährige gibt es zu wenige Kitaplätze, der Ausbau stockt, die Eltern sind unzufrieden. Über den quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung ist außerdem die Qualität in Vergessenheit geraten. Es fehlen Erzieherinnen und Erzieher sowie entsprechende Weiter- und Ausbildungsmöglichkeiten. Zu große Gruppen, zu wenig qualifiziertes Personal, beengte Räumlichkeiten, minderwertiges Essen, zu kurze, unflexible Öffnungszeiten und unzureichende Teilzeitbetreuungsangebote runden das desolante Bild ab. Zudem wird die für Städte kostengünstigere und für Eltern wesentlich teurere Tagespflege massiv ausgebaut, um den Mangel an Kitaplätzen zu vertuschen.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen kämpft für:

- KiTa-Plätze für alle Kinder von Anfang an: professionell, gut ausgestattet, wohnortnah, in kommunaler Trägerschaft und unter demokratischer Einbeziehung der Eltern;
- inklusives, bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Ganztagsbetreuungsangebot, das den unterschiedlichen und altersspezifischen Bedürfnissen aller Kinder von Anfang an gerecht wird;
- die Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Platz in einer wohnortnahen, gut ausgestatteten Kindertagesstätte für alle Kinder ; bei der Bereitstellung von Plätzen in Kitas ist der tatsächliche Bedarf zu berücksichtigen und nicht eine beliebig ermittelte Quote; die offensive Aufklärung der Eltern über den Rechtsanspruch;

- die Gültigkeit des Rechtsanspruchs, unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern; erwerbslose Familien systematisch auf 25-Wochenstunden-Plätze oder ans Ende der Wartelisten in Kitas oder Tagepflege zu verweisen, ist keine Lösung;
- eine kostenlose und hochwertige Essensversorgung in den Kitas;
- die Verbesserung der Betreuungsqualität; die Verkleinerung der Gruppen und die Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation deutlich über den KiBiz-Schlüssel hinaus; ErzieherInnen brauchen kontinuierliche Weiterbildungsangebote, besonders im Bereich der Sprachförderung; die Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher sowie deren Arbeitsbedingungen sind zu verbessern;
- eine Stärkung der Gemeinschaftskindergärten; Kitaplätze sind für alle Kinder zu schaffen, unabhängig von Konfessionen und Glauben – Kirche und Staat sind auch in der Elementarerziehung voneinander zu trennen;
- Betreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten, damit Eltern Beruf und Familienleben vereinbaren können; gleichzeitig müssen in den Einrichtungen die Standards guter Arbeit umgesetzt werden; das Wohl des Kindes und die konzeptionelle Arbeit müssen damit in Einklang gebracht werden;
- Kitas mit einem Professionenmix aus ErzieherInnen, Heil- und SozialpädagogInnen, LogopädInnen und anderen Berufsgruppen.

### **Gute Schule für Alle**

Die Planung im Schulbereich ist in vielen Kommunen geprägt durch Reaktionen auf Geburtenrückgang, durch finanzielle Engpässe der Kommunen und kurzfristig sinnvoll erscheinende Schulschließungen. Dem stellt DIE LINKE ein Konzept gegenüber, das sich an den Interessen der Kinder und ihrer Eltern orientiert.

### **Grundschule**

Klassengrößen dürfen Kommunen nach der Schulgesetzänderung kommunal regeln. In vielen Kommunen sind Schülerinnen und Schüler mit übvollen Klassen konfrontiert, die individuelle Förderung erschweren und nicht selten dazu führen, dass einzelne Kinder den Anschluss verlieren. Oft sind die Verlierer die Kinder benachteiligter Familien. Ganztags in Grundschulen ist für viele Eltern ein Ärgernis, weil Plätze Mangelware

sind. Außerdem ist durch den „Offenen Ganzttag“ der Tag für die Kinder immer noch in Phasen des Unterrichts am Vormittag und des Spiels und der „Betreuung“ am Nachmittag geteilt. Pädagogisch sinnvoll wäre der ganztägige Wechsel von Lern- Spiel-Sport-Situationen. Daher tritt DIE LINKE für den gebundenen Ganzttag ein.

In Aachen gibt es Grundschulen, in denen die Kinder nach der 4. Klasse (Frühselektion) zu einem größeren bis sehr großen Teil in die Haupt- und Realschulen wechseln. Je größer dort der Klassenanteil der Kinder mit Migrationshintergrund ist, desto geringer ist ihr Anteil am Übergang in die Gymnasien. Andererseits gibt es Grundschulen, in denen der Anteil der Kinder beim Wechsel in die Gymnasien 80 bis 90 Prozent beträgt. Wir fordern deshalb analog zur sogenannten Hochbegabten-Förderung die Etablierung von Stadtteolförderbüros, die Förderungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche mit Lernschwierigkeiten aufzeigen und betroffene Familien unterstützen. Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf individuelle Förderung sowohl bei Lerndefiziten als auch bei besonderen Talenten.

DIE LINKE steht für ein Schulsystem, das für alle SchülerInnen durchlässig ist. Eine Elitenbildung, wie sie das mehrgliedrige Schulsystem hervorbringt, lehnen wir ab. Die Spaltung der SchülerInnen nach Sekundarschule und Gymnasium festigt soziale Benachteiligung und muss überwunden werden. Daher brauchen wir mehr Gesamtschulen, die allen SchülerInnen den Zugang zur Hochschulreife ermöglichen.

### **Sekundarstufe I**

Immer wieder werden Eltern auf der Suche nach einem Gesamtschulplatz oder nach Ganzttagsschulen abgewiesen. Daher setzt sich DIE LINKE für Elternbefragungen ein, nach denen sich die kommunale bzw. Kreis-Schulentwicklungsplanung laut Schulgesetz richten muss. Dieses Recht der Eltern auf Planung nach ihren Wünschen wird oftmals mit Füßen getreten. Damit könnte eine hinreichende Bereitstellung von Gesamtschul-/Sekundarschul- und Ganztagsplätzen befördert werden. Die MitarbeiterInnen der „Offenen Ganztagsgrundschule“ brauchen längerfristige Verträge. Die Kooperation der Grundschulen mit den weiterführenden Schulen ist zu verstärken. Kleine Klassen müssen die Regel werden.

DIE LINKE strebt letztlich die Einführung einer ganztägigen Gemeinschaftsschule an. Wir streiten für längeres gemeinsames Lernen bei individueller Förderung und Wegfall der Frühselektion. Diese Option

ist auch im Rahmen von Modellschulen (Schulversuch) anzustreben, solange das geltende Schulgesetz in NRW noch nicht geändert ist.

## **Sekundarstufe II**

Viele Gymnasien und Gesamtschulen haben in der Oberstufe zu wenige Schülerinnen und Schüler, um ein breit gefächertes Wahlangebot an Leistungskursen und Grundkursen aufrecht zu erhalten. Dies führt zu einem eingeschränkten Bildungsangebot. Dem versuchen viele Schulen durch Kooperation zu begegnen, was mit zeitraubendem Ortswechsel für Lernende und enormem Aufwand für Lehrkräfte und Schulorganisation verbunden ist. Zudem ist die Kooperation zwischen unterschiedlichen Fächern für Projekte in mehreren Schulen kaum zu bewerkstelligen. Daher setzt sich DIE LINKE für Zentren in der gymnasialen Oberstufe ein, die mehrere Oberstufen vor Ort zusammenfassen. Langfristig könnten diese Oberstufenzentren auch mit den Berufskollegs zusammenarbeiten, um weitere Qualitätssteigerungen und ein größeres Angebot zu erreichen.

## **Inklusion im Bildungsbereich**

Inklusion muss von den Beteiligten aus gedacht und nicht nach Ressorts verwaltet werden. Deshalb wird DIE LINKE eine integrierte Förderplanung einfordern, die die Unterstützung für die Betroffenen aus den verschiedenen Bereichen sicherstellt und die Organisation der verschiedenen Fördermaßnahmen nicht den Eltern aufbürdet. Bisher gibt es in den Kommunen noch Förderschulen. Auch wenn inklusive Bildungsansätze zukünftig diese Ausgrenzung von Menschen nicht mehr vornimmt, sollen diese Räume jedoch erhalten bleiben, um Förderzentren für bestimmte Behinderungen zu ermöglichen. Hier sollen die spezielle Förderung von Schülerinnen und Schülern, aber auch der Austausch und die Fortbildung des Personals stattfinden. Auch wenn sich DIE LINKE mit allen Kräften für die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft ausspricht, so werden wir dennoch in den nächsten Jahren übergangsweise der Einrichtung von inklusiven Schwerpunktschulen zustimmen, um den Prozess der Inklusion nicht auf Kosten der Qualität zu betreiben und die baulichen und personellen Umsetzungen sinnvoll gewährleisten zu können.

## **Schulentwicklung im ländlichen Raum**

Im ländlichen Raum wirkt sich der Rückgang der Geburten massiv auf die Schulstruktur aus. Immer mehr Schulen werden geschlossen. Selbst Zusammenschlüsse von Grundschulen, sogenannte Verbundschulen,

haben nur eine aufschiebende Wirkung auf die Schließung. Das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ findet aus Kostengründen nur noch als Lippenbekenntnis statt! Selbst die Kosten für die weitere Beförderung und der gerade für Grundschulkindern nachteilige Mehraufwand an Fahrzeit von bis zu 2 Stunden täglich, sind kein Hindernis für den Schließungswahn. Da es schon seit langem keinen reinen Schülerverkehr mehr gibt, kommen noch Wartezeiten im ÖPNV hinzu.

Wenn es nach der Grundschule dann zu den weiterführenden Schulen geht, kann sich diejenige Kommune glücklich schätzen, die nach Gründung einer Sekundarschule wenigstens noch ein Angebot für Fünftklässler sicherstellen kann. Kommunen ohne Schulangebot verlieren an Attraktivität. Die Folgen sind sofort spürbar: Abwanderung! Wer ein gutes und breites Bildungsangebot bieten kann, der kann auch jetzt schon mit Zuzug rechnen. Dabei entscheiden sich immer mehr Eltern für einen Gesamtschulplatz. Auch in ländlichen Gebieten liegen die Anmeldezahlen deutlich über den vorhandenen freien Plätzen. Daher wird sich DIE LINKE weiterhin für Gesamtschulen bzw. Sekundarschulen und Oberstufenzentren einsetzen, denn nur so ist auch im ländlichen Raum eine gute Schule für Alle realisierbar.

## **Weiterbildung**

Öffentliche Aufgabe und Gestaltungsmacht sind gefragt: Im Rahmen der Strategie einer Re-Kommunalisierung muss die öffentliche Verantwortung für Weiterbildung nicht nur gesichert, sondern (wieder)vorangetrieben werden. Statt Subsidiarität und Subventionierung der Weiterbildung nach Kassenlage, muss die gesetzlich vorgeschriebene und noch nicht gänzlich ausgehöhlte „kommunale Pflichtaufgabe“ und ein gesetzlicher „Versorgungsauftrag“ deutlich hervorgehoben und müssen damit die Volkshochschulen (VHS) als Einrichtungen in öffentlicher Hand gestärkt und ausgebaut werden.

In fast 1000 Städten, Gemeinden und Kreisen Deutschlands ist die Volkshochschule als das kommunale Weiterbildungszentrum integraler Bestandteil der öffentlichen Bildungsinfrastruktur und bewährte zentrale Institution der Erwachsenenbildung. Die kommunale Verankerung ist für die Volkshochschulen ein Identität stiftendes Merkmal. Volkshochschulen werden direkt oder indirekt von der kommunalen Selbstverwaltung getragen. Die örtlichen politischen Vertretungskörperschaften treffen hierzu die erforderlichen Entscheidungen. Sie waren und sind sich ihrer hohen Verantwortung für die Bereitstellung einer breiten

Grundversorgung an Weiterbildung für alle Bürgerinnen und Bürger stets bewusst. Mit ihren Volkshochschulen verfügen die Kommunen über ein eigenes Steuerungs- und Gestaltungsinstrument im bildungs-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Bereich. Auch der „Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung (VabW)“ hat unserer Beurteilung nach mit seinen fünf Bildungsstandorten innerhalb der Region einen enormen Wirkungskreis. DIE LINKE unterstützt eine solidarische Lösung auf städteregeblicher Ebene zur dauerhaften Finanzierung des VabW.

Da Kinder und Jugendliche potentielle Kunden sind und auch deren Kaufkraft gestiegen ist, drängen immer mehr Unternehmen mit ihrer Werbung an Kindergärten und Schulen. Auch versteckte Werbung an Schulen und Kindergärten muss grundsätzlich untersagt werden.

Wir fordern das Ministerium für Schule und Weiterbildung auf, den Beschluss zur „Verbraucherbildung an Schulen vom 12.09.2013“ zurück zu nehmen und werden bis dahin auf eine Veränderung des Beschlusses drängen. Wenn beispielsweise von großen Energiekonzernen zur Imagepflege bestimmte Themen in die Schulen getragen werden, müssen immer auch eine dementsprechende Bürgerinitiative oder andere Organisationen/Vereine, die entsprechende Gegenpositionen sachlich vertreten können, auch dazu angehört werden.

In der Städteregion wird sich DIE LINKE dafür einsetzen und diesbezüglich mit den Schulen, den Schulpflegschaften und den SchülervertreterInnen Kontakt aufnehmen und entsprechende Alternativen erarbeiten.

### **Zusammenarbeit Kommune-Hochschule**

Städte mit Hochschulstandorten sollten auch Hochschulpolitik betreiben. Kommunale Hochschulpolitik muss eingebettet sein in eine Stadtentwicklungspolitik, die die wissenschaftlichen Angebote für die besonderen Fragestellungen und Entwicklungsaufgaben der Kommune nutzt, auch im Hinblick auf die Entwicklung von Arbeitsplätzen.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen fordert:

- eine langfristige Planung der kommunalen Schullandschaft und Orientierung an pädagogischen Zielen; diese sollen inklusiv, wohnortnah, gut ausgestattet, ganztägig und kostenfrei sein; sie soll individuelle Förderung anbieten und multiprofessionell sein (z. B. Schulsozialarbeit);

- Klassengrößen, die auch individuelle Belange der Schülerinnen und Schüler berücksichtigen können;
- den gebundenen Ganztag;
- die Etablierung von Stadtteolförderbüros, die Förderungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche mit Lernschwierigkeiten aufzeigen und betroffene Familien unterstützen;
- Elternbefragungen, nach denen sich die kommunale/Kreis-Schulentwicklungsplanung laut Schulgesetz richten muss;
- die Einführung einer ganztägigen Gemeinschaftsschule;
- Oberstufenzentren in der gymnasialen Oberstufe, die mehrere Oberstufen vor Ort zusammenfassen in eine integrierte Förderplanung, die die Unterstützung für die Betroffenen aus den verschiedenen Bereichen sicherstellt;
- Erhalt und Ausbau des kommunalen (Weiter-)Bildungsangebots an den Volkshochschulen;
- kommunale Information aller Erwerbstätigen über ihren Anspruch auf Bildungsurlaub;
- ein Kooperationskonzept zwischen Kommune und Hochschule, das beiderseitigen Interessen dient;
- einen in den kommunalen Strukturen verankerten Hochschulrat, der die Belange der Studierenden vertritt;
- eine kommunale Bildungsberatung, die den Kontakt zwischen Schulen und Hochschulen systematisiert; es soll nicht dem Zufall überlassen bleiben, ob Schülerinnen und Schüler von den Angeboten der Hochschule Gebrauch machen;
- eine deutliche Distanzierung der Aachener Hochschulen von jeder militärischen Forschung – DIE LINKE unterstützt den Aachener Friedenspreis bei seinen Bemühungen, die Hochschulen dazu zu bewegen, sich freiwillig zu einer Zivilklausel zu verpflichten.

## Kinder- und Jugendpolitik – Selbstentfaltung ermöglichen

### Zukunftsperspektiven für Kinder und Jugendliche schaffen

Die Zusammensetzung von Familien, in denen Kinder aufwachsen, hat sich inzwischen verändert. Neben der traditionellen Familiendefinition leben Kinder und Jugendliche in Patchworkfamilien, eingetragenen Lebenspartnerschaften oder mit einem Elternteil. Der Anteil von Alleinerziehenden ist stark gestiegen.

Wir sehen in dieser vielfältigen und unterschiedlichen Form von Familien eine Bereicherung für das künftige Zusammenleben in den Kommunen und eine gute Perspektive für die soziale und kulturelle Entwicklung von jungen Menschen. Kinder und Jugendliche sind für uns eigenständige Persönlichkeiten. Sie benötigen in allen Lebenssituationen Zukunftsperspektiven und gesicherte Angebote an qualifizierter Kinderbetreuung, sowohl in der Schule, kultureller Bildung, aber auch in Bezug auf Freizeit- und Sportmöglichkeiten.

Die Anzahl junger Menschen, die mit ihren Eltern von Hartz-IV-Bezügen leben müssen, ist groß – ebenso wie die Anzahl der Kinder in Haushalten mit Kinderzuschlag, Wohngeldbezug oder von sogenannten „Aufstockern“. Diese Kinder aus armen Verhältnissen sind von Geburt an benachteiligt, obwohl sie mit den gleichen Möglichkeiten zur Welt kommen.

Viele Haushalte mit Kindern sind verschuldet. Eine große Anzahl – vor allem aus Migrationsfamilien – lebt zudem in hoch belasteten Stadtteilen mit wenig Grünflächen und Freizeitmöglichkeiten, weil höhere Mieten in besseren Stadtvierteln nicht bezahlbar sind. Sie sind dem Lärm, industriellen Umweltgiften und Gefahren des Straßenverkehrs ausgesetzt.

Die Häufung typischer Krankheitsbilder wie Atemwegserkrankungen und Allergien in Stadtteilen mit einkommensschwacher Bevölkerung ist durch wissenschaftliche Studien nachgewiesen. Weil ein erheblicher Anteil von Eltern die Vorsorgeuntersuchungen nicht regelmäßig wahrnimmt,



**Gute Angebote für Kinder und Jugendliche schaffen Perspektiven für die Region.**

werden frühkindliche Entwicklungsstörungen, Vernachlässigung oder Opfer von körperlicher und sexueller Gewalt zu spät erkannt. Die größte Gefahr für das Kindeswohl geht von körperlicher und seelischer Vernachlässigung aus. Um für Familien mit Kindern gute Lebensgrundlagen in ihrem Wohnort zu schaffen, setzt sich DIE LINKE für Maßnahmen wie den Sozialpass ein, der Familien die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in ihrer Kommune ermöglicht.

### **Für die Rechte der Jugend!**

Kinder und Jugendliche besitzen wie Erwachsene ein Grundrecht auf Gleichstellung und auf Teilhabe. Besonders präventive Angebote, wie die dringend benötigten Jugendzentren, sind von kommunaler Kürzungspolitik bedroht. DIE LINKE tritt diesem „Sparen am falschen Ort“ in den Kommunalgremien entgegen, um allen Kindern und Jugendlichen gleichberechtigte Zugänge zu Bildungs- und Freizeitangeboten zu erhalten.

Kinder und Jugendliche brauchen partizipativ gestaltbare Freiräume und nichtkommerzielle Spiel-, Sport und Freizeitmöglichkeiten. Dennoch verwehrten solche lebenswichtigen und präventiv wirkenden Lernorte und Teilhabemöglichkeiten immer mehr und fallen dem Sparzwang zum Opfer. Gerade Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen Familien werden so in ihrer Freizeitgestaltung massiv benachteiligt. Die Politik vor Ort berücksichtigt immer weniger ihre Bedürfnisse und Teilhaberechte und entscheidet an ihnen vorbei. Dabei sind aufgrund der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich kostenfreie Angebote für Kinder und Jugendliche unverzichtbar.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen tritt ein für:

- die besondere Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen in sozial belasteten Stadtteilen und für selbstverwaltete Jugendzentren mit angemessener Sach- und Personalausstattung; jeder größere Stadtteil und jede Gemeinde sollte ein entsprechendes, bedarfsgerechtes Angebot vorhalten können;
- den Erhalt von Freiflächen als zwanglose Treffpunkte und Lernorte sowie die partizipative Planung und Gestaltung von Spielflächen durch Kinder und Jugendliche; die Öffnung aller Schulhöfe als Spiel- und Aufenthaltsräume;
- die Nutzung von Sportplätzen, -hallen und Schwimmbädern unabhängig von einer Vereinszugehörigkeit – kommunale Schwimm-

bäder mit niedrigen Preisen und kostenfrei nutzbare Sportstätten müssen erhalten bleiben;

- den Ausbau von kostenlosen Ferienspiellaktionen und kostengünstigen Ferienfreizeiten;
- einen Kinder- und Jugendrat auf kommunaler Ebene, mit Vertretungsrecht in den örtlichen Parlamenten und dessen Beteiligung an allen kinder- und jugendrelevanten kommunalen Entscheidungen;
- ausreichende personelle und finanzielle Unterstützung kultureller Jugendinitiativen wie kostenlose Proberäume und gebührenfreier Zugang zu technischem Equipment und Musikinstrumenten;
- bedarfsgerechte kulturelle Angebote als verpflichtender Bestandteil im Kinder- und Jugendförderplan;
- kostenlosen Eintritt für Kinder und Jugendliche zu allen kommunalen Angeboten;
- zielgruppengerechte Informationen für Kinder, Jugendliche und Familien zu allen Hilfs- und Beratungsangeboten;
- verbilligte Monatstickets für alle Kinder und Jugendliche, unabhängig von der Entfernung zwischen Schule und Wohnort;
- eine zehnprozentige Ausbildungsquote für städtische Betriebe und Verwaltungen einschließlich einer Übernahmegarantie, Praktikumsvergütungen in städtischen Betrieben und Verwaltungen;
- die Schaffung von kommunalen Aus- und Weiterbildungsverbänden unter Beteiligung der örtlichen Stellen wie Berufsschulen, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Kammern und Stadtverwaltung; Jobcenter sollen sich verpflichten, den Auszug von Jugendlichen unter 25 aus einer Bedarfsgemeinschaft generell zu genehmigen.

## Altern in Würde in der Mitte der Gesellschaft

Für DIE LINKE ist das Alter ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, der nicht einfach auf Rente, Pflege oder Krankheitskosten reduziert werden darf und über dessen Ausgestaltung die Seniorinnen und Senioren eigen- und selbständig entscheiden können müssen. Diese Erkenntnis spiegelt der Koalitionsvertrag von SPD und CDU mit keiner Aussage wider. Deutschland ist schon jetzt weltweit das Schlusslicht, beispielsweise in der Alterssicherung von Geringverdienenden. Unter anderem wird es mit dieser Koalition armutsfreie Mindestrenten nicht geben. Umso wichtiger ist es, für einen politischen Kurswechsel zu streiten und vor Ort Alternativen aufzuzeigen und umzusetzen.

Bei Fortschreibung der Entwicklung der vergangenen Jahre wird die Anzahl älterer Menschen zunehmen, die länger und noch im hohen Alter aktiv und gesund sind. Die höhere Lebenserwartung ist ein großer und erstrebenswerter zivilisatorischer Wert. Wir wollen, dass die Lebensleistungen älterer Menschen geachtet und ihre Fähigkeiten, Kompetenzen, sowie ihr Gestaltungspotenzial gefördert und zum Wohl Aller genutzt werden. Ihre Lebenserfahrung, ihre berufliche Kompetenz, ihre Mobilität und Freiräume für ehrenamtliche Tätigkeiten bilden darüber hinaus einen großen potentiellen gesellschaftlichen Reichtum, wenn es gelingt, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wesentlich zu verbessern (z. B. durch eine Ausweitung der Rechte von Seniorenräten).

Selbstbestimmtes Altern in Würde ist für Seniorinnen und Senioren ein unabdingbares Recht und eine wichtige Verpflichtung für die Kommune. Es muss vor allem der gesellschaftlichen Ausgliederung der Seniorinnen und Senioren entgegen gewirkt werden.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen setzt sich ein für:

- den Verbleib älterer Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld sofern sie dies wünschen;
- Nachbarschaftliches Ehrenamt, Selbsthilfeprojekte und Mitarbeit in der Politik, z. B. in Form von Seniorenbeiräten;
- bedarfsgerechten (barrierefreien) Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen;

- die Förderung von bezahlbaren Wohnprojekten für Senioren-Wohngemeinschaften und von Mehrgenerationenhäusern, in denen Jung und Alt zusammenleben;
- die Förderung der Mobilität der Seniorinnen und Senioren durch den ÖPNV und Schaffung vollständiger Barrierefreiheit auf Fußwegen und im Bus- und Bahnverkehr;
- die Schaffung von dezentralen preisgünstigen Einkaufsmöglichkeiten (durch Genossenschaften oder Vereine) in den Stadtteilen und Gemeinden (Einflussnahme auf Einzelhandelskonzepte);
- Bedarfs-, flächen- und qualitätsdeckende Angebote bei eintretender Hilfs- und Pflegebedürftigkeit;
- Erstellung von einheitlichen Qualitätsstandards für die Heimaufsicht.

## Gesundheit und gute Pflege vor Profit

Die Gesundheit ist eines der höchsten Güter des Menschen. Gesundheit ist eine Menschenrechtsnorm, die es zu verwirklichen gilt. Die Gesundheitsdefinition der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist Leitbild und Ziel unserer Gesundheitspolitik: „Gesundheit ist ein Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht die bloße Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen. Die Erlangung des bestmöglichen Gesundheitszustandes ist eines der Grundrechte eines jeden Menschen ohne Unterschied der Rasse, Religion, des politischen Bekenntnisses, der wirtschaftlichen und sozialen Stellung.“

Zuständig ist in der Kommune das Gesundheitsamt als lokal vor Ort tätige Behörde des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Zu seinen Aufgaben gehört unter anderem, das Recht auf Gesundheit auch für diejenigen zu realisieren, die aus eigener Kraft und Anstrengung nicht in der Lage sind, dieses Recht wahrzunehmen. Gleichzeitig wird angesichts klammer Kommunalhaushalte beim Personal des öffentlichen Gesundheitsdienstes gespart. Ein Ausweg wird zum Teil in der Privatisierung einzelner Aufgabenbereiche gesucht und/oder gesundheitsförderliche Maßnahmen werden nur punktuell als Projekte umgesetzt.

DIE LINKE macht sich stark dafür, möglichst vielen Menschen zu ermöglichen, sich für die eigene Gesundheit und für gesundheitliche

Interessen einzubringen. Dazu bedarf es unter anderem verbindlicher Gesundheitsziele und struktureller Verankerung der Maßnahmen durch ein demokratisch legitimiertes öffentliches Gesundheitswesen. Umso wichtiger ist es, den heutigen öffentlichen Gesundheitsdienst nachhaltig zu stärken. Für DIE LINKE ist insbesondere kommunale Gesundheitspolitik für die Gesunderhaltung der Bevölkerung und Vorbeugung von Krankheiten entscheidend.

Die Krankenhäuser in der Städteregion Aachen haben große Probleme wegen nicht gezahlter Investitionen von Land und Bund, massiv gestiegener Wasser-, Abwasser-, Energiekosten und einem Verdrängungswettbewerb, der sie dazu treibt, sich wie Wirtschaftsunternehmen zu verhalten. Pflegekräfte versorgen immer mehr Patientinnen und Patienten; Beschäftigte der Cafeterien, der Haustechnik, Labore, Gärtner und Hol- und Bringdienste, sowie die Reinigungskräfte werden bereits seit Jahren schon in Servicegesellschaften ausgegliedert.

Ursache und Ausmaß der Probleme der Krankenhäuser haben Landes- und Bundespolitik zu verantworten, da sie die notwendigen Finanzmittel für Investitionen nicht auszahlen.

DIE LINKE bleibt dabei, dass Krankenhäuser sich als Bereich der Daseinsvorsorge „nicht rechnen“ müssen – genauso wenig wie z. B. Schulen oder Feuerwehr „sich rechnen“ müssen. DIE LINKE tritt dafür ein, der Prävention und Gesunderhaltung (Rehabilitation) einen deutlich höheren Stellenwert einzuräumen.

In ländlichen Regionen wie der Eifel ist wohnortnahe Gesundheitsversorgung durch einen Rückgang von Hausarztpraxen und Apotheken gefährdet. Dieser Tendenz kann entgegensteuert werden, beispielsweise mit Modellen wie dem ‚Doc-Mobil‘, bei der Ärzte in Kleinbussen zu den PatientInnen fahren, hausärztliche Fachkräfte, die als Angestellte von Arztpraxen Hausbesuche vornehmen und barrierefreien Shuttle-Services zu Arztpraxen. Bei Ausdünnung der Apothekenversorgung kann mit Bildtelefonie-Modellen wie dem Apothekenterminal – das technisch weit entwickelte „Visavia-Beratungs- und Abgabeterminale“ – oder mit Videokabinen (die sogenannte begehbare „CoBox“) Abhilfe geschaffen werden.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen ist für:

- einen öffentlichen Gesundheitsdienst (Gesundheitsamt), der mit seinen Aufgaben (Gesundheitsförderung und -aufklärung) zur

Verbesserung der Gesundheitsversorgung beiträgt; dazu muss das Personal aufgestockt werden;

- eine Gesundheitsberichterstattung mit öffentlicher Diskussion über Ergebnisse der Gesundheitsberichte, sowie die Formulierung von Gesundheitszielen insbesondere bezüglich der Versorgung chronisch Kranker und Menschen in einer bestimmten Lebenslage, wie z. B. Alleinerziehende, Hochbetagte, Behinderte, psychisch Kranke, Suchtkranke und Migrantinnen und Migranten;
- eine wissenschaftlich beweisgestützte medizinische Versorgung, die den Patienten nützt und transparent gemacht wird; über kommunale Behörden/Einrichtungen müssen dementsprechende Auskünfte öffentlich zugänglich sein; DIE LINKE tritt ein für Transparenz über Eignung und Qualität von in den „Gesundheitsmarkt“ eingeführten Produkten wie Medizingeräte, Heil- und Hilfsmittel, Arzneien und Laborprodukte;
- öffentliche kommunale Gesundheitskonferenzen, die regionale Gesundheitsziele verbindlich festlegen und bekannt machen; dazu gehört die Aktivierung von möglichst vielen Menschen – Jede und Jeder soll im Stande sein, sich für die eigene Gesundheit und eigene gesundheitliche Interessen einzusetzen;
- ein abgestimmtes nachhaltiges Konzept und strukturelle Verbesserungen, statt isolierter Einzelmaßnahmen ohne Nachhaltigkeit (Projekte), als Aufgabe der Gesundheitskonferenz;
- Unterstützung der Ärzte und Ärztinnen, die sich der Pharmalobby widersetzen, zum Beispiel nach Regeln der Organisation MEZIS (‚Mein Essen zahl ich selbst‘), die Zeit für PatientInnen haben, statt für Werbesprache mit Pharmavertretern;
- die bedingte Unterstützung des MZ Würselen an den zwei Standorten Würselen und Bardenberg (Eigentümer Städteregion Aachen und Knappschaft-Bahn-See), mit seinen Planungen für die Sicherstellung eines stabilen qualitativ hochwertigen Versorgungskonzeptes des Nordkreises der Städteregion Aachen;
- eine Infrastruktur, die in einwohnerschwachen Regionen wie in der Eifel zu den Menschen kommt; Beispielprojekt zur Sicherung der ärztlichen Versorgung ist die rollende Arztpraxis: das Doc-Mobil, bei der Ärzte in Kleinbussen und VeraH (Versorgungsassistentin in der Hausarztpraxis) zu den PatientInnen fahren; hausärztliche

Fachkräfte, die als Angestellte von Arztpraxen Hausbesuche vornehmen, um die Versorgungsqualität zu sichern. Des Weiteren soll ein barrierefreier Shuttle-Service zu Arztpraxen in Modellversuchen getestet werden.

## **Pflege**

Pflege ist als Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge Aufgabe der Gesellschaft. Es geht hier um Menschen, die in Folge ihrer lebensgeschichtlichen Entwicklung einen Anspruch auf erweiterte pflegerische Versorgung besitzen. Politik, die gerecht und solidarisch ist, organisiert und finanziert bedarfsgerechte menschenwürdige Pflege.

Die Pflegeversicherung ist nur eine „Teilkaskoversicherung“. Sie gewährt Menschen mit Pflegebedarf nur einen Zuschuss zu den Kosten der Pflege, die familiäre, nachbarschaftliche oder ehrenamtliche Pflege ergänzen soll. Die Betroffenen müssen auf ihr Einkommen und Vermögen zurückgreifen. Viele werden von der Sozialhilfe oder von der Unterstützung ihrer Angehörigen abhängig. Angehörige sind mit der Pflegesituation stark belastet und häufig überfordert.

In stationären Einrichtungen haben Betroffene kaum Möglichkeiten, sich beispielsweise gegen Fehlverhalten von Leistungserbringern und Warenanbietern zur Wehr zu setzen. Heimbewohnende und Betreuungsbevollmächtigte haben lediglich ein Anhör- und Beschwerderecht. Mitsprache-, Widerspruchs- und Kontrollrechte der Betroffenen oder ihrer Angehörigen über die von ihnen aufgebrauchten Mittel für Unterkunft und Verpflegung sind kaum wirksam. Des Weiteren fehlt Transparenz über die Verwendung der Mittel aus der Pflegekasse.

Pflegerische Versorgung ist eine körperlich, seelisch und psychisch äußerst anstrengende und anspruchsvolle Arbeit, die hierzulande nicht angemessen anerkannt und vergütet wird. Der Arbeitsalltag von Pflegekräften ist gekennzeichnet von Arbeitsverdichtung, starren Zeitvorgaben und schlechter Bezahlung. Aufgrund der Unterfinanzierung ist die Personalbemessung im stationären und ambulanten Pflegebereich viel zu niedrig. Nicht einmal der Mindestpflegebedarf, den der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) feststellt, wird gedeckt. In der ambulanten pflegerischen Versorgung muss jeder Handgriff minutengenau abgerechnet werden. Auch in der stationären Pflege findet fast ausschließlich körperbezogene Pflege im Akkord statt. Kommunikative und soziale Bedürfnisse bleiben unberücksichtigt. Darunter leiden die von Pflege abhängigen Menschen, sowie das Personal. Dass pflegeabhängige

Menschen heute in der Regel in stationären Einrichtungen dennoch ein menschenwürdiges Leben haben, ist hoher Motivation, Mitgefühl und dem großen Engagement der dort tätigen Menschen geschuldet, das generell weit über vertraglich vereinbarte Leistungen/Arbeitszeiten hinausgeht und auf Dauer nicht durchgehalten werden kann. Viele Fachkräfte verlassen nach einigen Jahren diesen Beruf.

Ursache bekannt gewordener Missstände von Pflegenotstand, Fachkräftemangel und Unterfinanzierung sind gesellschaftliche Entwicklungen und politische Fehlsteuerung. Leistungen werden nach dem überholten Pflegebegriff vergütet. Begutachtungsverfahren erfassen den individuellen Bedarf an Pflege nicht. Geänderte Familienstrukturen und Erwerbsbiographien von Frauen verändern oftmals die Möglichkeiten, aber auch die Menschen mit Pflegebedarf selbst wollen nicht automatisch von Angehörigen pflegerisch versorgt werden, müssen es aber, wenn sie arm sind. Statt regulärer und tariflich bezahlter Arbeitsplätze überwiegen Mini- und Midijobs in der Pflege. Standards für eine qualitätsbezogene (Mindest-)Personalbemessung fehlen. Menschen mit Pflegebedarf müssen selbstbestimmt entscheiden können, ob sie ambulante, teilstationäre Pflege- oder Assistenzleistungen in Anspruch nehmen möchten.

Für DIE LINKE ist das Leitbild der Inklusion, das Recht auf soziale Teilhabe und Teilnahme, Maßstab im Pflegebereich. Ein nachahmenswerter Ansatz ist beispielsweise das angelsächsische Konzept des „Supported living“ (Leben mit Unterstützung). Hierbei geht es um ein „Leben so normal wie möglich“ bis zum letzten Atemzug.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen steht für:

- einen Ausbau von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum
- eine Weiterentwicklung kommunaler Hilfestrukturen, die soziale Teilhabe für die Betroffenen in der Mitte der Gesellschaft gewährleistet
- den Einsatz von speziell geschulten AGnES-Fachkräften (Arzt entlastende, Gemeinde nahe, E-Health gestützte Systemische Intervention), die Hausbesuche machen
- persönliche Assistenz zur gesellschaftlichen Teilhabe und zu Freizeitmaßnahmen
- verbesserte Anpassung der Ansprech- und Koordinationspersonen vor Ort

- die Weiterentwicklung kommunaler Pflegekonferenzen – alle Betroffenen und Beteiligten (Pflegekassen, MDK, Sozialämter, Staatsanwaltschaft, Heimaufsicht, Angehörigenvertreter, Einrichtungen, Servicestelle Hospizarbeit, Demenznetzwerk, Pflege- und Wohnberatung, Ombudsleute) sollen dazu eingeladen werden, Wissen austauschen und gemeinsam Ziele festlegen
- die Sicherstellung des sachgerechten Informationsaustauschs durch Kranken- und Pflegekassen und Sozialhilfeträger; Menschen mit Pflegebedarf – beziehungsweise ihren Angehörigen oder gesetzlichen Vertretern – müssen bei anstehenden Entscheidungen nicht nur informiert sondern an allen sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden
- einen gesellschaftlichen Dialog über menschenwürdige Begleitung und Unterstützung von Menschen mit Pflegebedarf zur Frage: Was ist uns eine zugewandte, respektvolle individuelle Pflege wert? (Veranstaltungen, Flyer, Pressearbeit, Anträge im Rat und in Ausschüssen);
- unterstützende Begleitung von Menschen mit Pflegebedarf und ihren Rechtsvertretern, wenn sie sich mit Beschwerden an DIE LINKE wenden, weil sie bei Heimaufsicht, Pflegekasse oder Amt für Arbeitsschutz nicht zum Ziel gekommen sind;
- das öffentlichkeitswirksame Streiten mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Möglichkeiten für diese Ziele, gemeinsam mit Berufsverbänden, Gewerkschaften, örtlichen Beschwerdestellen („Pflegenotrufe“), Pro Pflege – Selbsthilfenetzwerk, ‚Bündnis für gute Pflege‘, ‚Pflege geht jeden an‘, ‚An die Pflege denken‘ etc.;
- die Aufwertung der Pfl egetätigkeit durch mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz, wirksameres Beschwerdemanagement und Konsequenzen nach Überlastungs-, Entlastungs- oder Gefährdungsanzeigen durch Pflegekräfte.

## Sport ist Lebensqualität

Die Sportvereine sind in den meisten Kommunen die Vereine mit den höchsten Mitgliederzahlen. Jeder dritte bis vierte Mensch ist Mitglied in einem Sportverein. Viele betätigen sich auch ohne Verein regelmäßig sportlich. Diese Zahlen machen deutlich, welchen Stellenwert der Sport in der Bevölkerung hat. Sport- und Freizeiteinrichtungen sind wichtig für Erholung und Entspannung. Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller Teilhabe – von einfachen Übungen im Vorschulalter und dem Schulsport, über sportliche Betätigung während der Berufsjahre, bis hin zu qualifizierter Bewegung im Alter.



DIE LINKE in der Städteregion Aachen tritt ein für:

- bezahlbare Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen und Schwimmbäder und deutlich ermäßigte Sozialtarife für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen erhalten;
- den Erhalt und Ausbau wohnortnaher Sportstätten, die für alle barrierefrei zugänglich sind;
- die Förderung der Teilnahme Aller an sportlicher Betätigung; Sport kann und muss einen Beitrag zur Inklusion leisten;
- die besondere Förderung der Teilnahme von Mädchen und Frauen am Sport;
- kommunale Hilfestellung und Beratung von Sportvereinen bei der Erarbeitung von Förderanträgen für Investitionen und Projekte an Land und Bund;
- die öffentliche Anerkennung des sportlichen Ehrenamtes und seine Förderung als sozial wichtige Arbeit im Rahmen öffentlicher Beschäftigungsmaßnahmen; die steuerliche Absetzbarkeit ehrenamtlichen Aufwandes (u.a. der Kilometerpauschale);
- die Einrichtung einer Beratungsstelle für Vereine, die mit rassistischer oder neonazistischer Unterwanderung zu kämpfen haben.

## Linke Stadtentwicklung für eine lebenswerte Städteregion

Die Städteregion Aachen ist recht unterschiedlich geprägt und reicht von der klassischen Großstadt Aachen bis hin zu den ländlichen Kommunen der Eifel. Linke Stadtentwicklungspolitik muss diese Unterschiede berücksichtigen und gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern entsprechende Antworten auf Problemstellungen finden. So sind die Anforderungen an den Wohnungsbau in Aachen in Zeichen von Wohnungsknappheit und stark steigenden Mieten andere als in Stolberg, Herzogenrath oder den Eifelkommunen.

So unterschiedlich die Bedingungen auch sind: DIE LINKE in der Städteregion Aachen tritt ein für eine bürgernahe Stadtentwicklung, für lebenswerte und lebensnahe Kommunen und Gemeinden. Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Freizeitmöglichkeiten und (Nah)Erholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten sollen auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet sein. In wachsenden Städten heißt das vor allem, ein Konzept für gutes und preiswertes Wohnen zu entwickeln.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen setzt sich vorrangig für eine Innenentwicklung ein, um den Flächenverbrauch einzuschränken, für die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus und für den Erhalt von Freiräumen und -flächen. Wir kritisieren die Verdrängung finanzschwächerer Bevölkerungsteile aus ganzen Stadtteilen und halten fest an einer ausgewogenen sozialen- und kulturellen Struktur.

In den eher ländlichen Kommunen sollen Mindeststandards für die Infrastruktur entwickelt werden. Es ist für viele Bürgerinnen und Bürger kaum hinnehmbar, dass es einen nur unzureichenden öffentlichen Nahverkehr gibt, der zudem auch noch derartig unterfinanziert ist, dass die Verlässlichkeit des Angebots zunehmend in Frage gestellt ist. Die Versorgungsbedingungen bei Kindertagesstätten und medizinischen Einrichtungen sind in den ländlichen Teilen der Städteregion ebenfalls optimierbar.

Auch unter den Bedingungen des Klimawandels müssen die Städte lebenswert bleiben. Es müssen mehr Freiflächen erhalten und geschaffen werden, die für die Verbesserung der Luftverhältnisse gerade in Innenstadtbereichen unerlässlich sind. Der von der Landesregierung

als Ziel angestrebte Nullflächenverbrauch erfordert ein Umsteuern der städtischen Bauplanungen. Immer neue Wohngebiete auf Freiflächen müssen ebenso tabu sein wie Gewerbebetriebe oder Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“. Der Umbau im Bestand hat für DIE LINKE in der Städteregion Aachen Vorrang.

Alle Städte der Region sind auf einer wirtschaftlichen Basis gewachsen. Sie haben bestimmte Industriebranchen beheimatet, sind Markt- oder Handelsplatz. In den letzten Jahrzehnten ist der Anteil des produzierenden Gewerbes an der wirtschaftlichen Tätigkeit zurückgegangen. Die damit einhergehende Vorstellung von der Entwicklung einer reinen Dienstleistungsgesellschaft ist lange an der Realität gescheitert. Stadtplanung muss sich deshalb auch verstärkt um den Erhalt und die Entwicklung der produktiven Basis kümmern.

DIE LINKE streitet für lebendige Innenstädte. Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“ lehnen wir ab. Ebenso streiten wir dafür, dass nicht immer mehr Kaufkraft der Region vom Oberzentrum Aachen angezogen wird, sondern dass auch die anderen Innenstädte attraktiv bleiben und zum dort Leben und Einkaufen einladen. Die Planung der Einzelhandelsflächen bedarf einer intensiveren Koordinierung auf städteregionaler Ebene.

Immer mehr Großprojekte führen zu Auseinandersetzungen und viele B-Pläne werden von den Bürgerinnen und Bürgern beklagt. DIE LINKE streitet vor diesem Hintergrund für mehr Bürgerbeteiligung an der Erarbeitung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen setzt sich ein für:

- die Entwicklung von Mindeststandards und Ansprüchen an die Infrastruktur im kleinstädtischen und ländlichen Raum; hierzu gehören Angebote an Kindertagesstätten, Schulen, Ärzten, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten, sowie eine bedarfsgerechte öffentliche Verkehrsanbindung;
- die Erweiterung der Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung bei Flächennutzungs- und Bebauungsplanverfahren;
- bewusstes Gegensteuern bei der Herausbildung von armen und reichen Stadtteilen; das Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen soll auch innerhalb der Kommunen gelten;
- die Ausweitung des Quartiersmanagements in sozial benachteiligten Stadtteilen;

- die Förderung der Zusammenführung von Arbeit, Wohnen, Einkaufen und Freizeit statt weiterer Zersiedelung und langen Wegen;
- den Ausbau von Bürgerzentren und Begegnungsstätten;
- die Koordinierung der Einzelhandelsfläche auf städteregionaler Ebene und gegen Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“;
- die Wiederbelebung der Innenstädte durch Wohnprojekte;
- die vorrangige Nutzung von gewerblichen Brachflächen für Neuan siedlungen von Gewerbe und Industrie und die konsequente Verpflichtung früherer Besitzer zur Altlastenbeseitigung.

## Linke Kulturpolitik – der schöpferischen Freiheit den Weg bereiten

Kultur ist ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft. Am Umgang mit der Kultur sehen wir, wie ernst es unser Gemeinwesen mit der geistigen und schöpferischen Freiheit meint. Sie ist ein Gradmesser der Zivilisation. Kultur liefert die Denkanstöße, die die bestehenden Verhältnisse hinterfragen, sie ist der wichtigste Freiraum für Gegenentwürfe in unserer Gesellschaft. Nirgendwo sonst, als unter den Kulturschaffenden, tummeln sich so viele Menschen, die andere Lebensmodelle als das der kapitalistischen Leistungsgesellschaft suchen. Zugleich findet der größte Teil der Kulturarbeit unter besonders prekären Bedingungen statt. Nur eine Minderheit kann gut und abgesichert davon leben. Die Standard-Erwerbsbiografie, an der sich Arbeits-, Sozial- und Rentenpolitik orientieren, trifft auf sie fast nie zu. Der Kulturbereich ist jedoch permanent bedroht, weil seine Kosten meist zu den sogenannten „freiwilligen Leistungen“ der Kommunen gehören. Kultur ist ein wichtiger Aspekt der Lebensqualität, Grundlage persönlicher Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Verständigung. Sie allen Menschen zugänglich, erlebbar und umsetzbar zu machen, bleibt unsere zentrale Forderung.

Die Städteregion Aachen ist reich an kulturellen Einrichtungen und kulturellen Traditionen. Hier leben hervorragende Künstlerinnen und Künstler, die alle Bereiche – von der Basiskultur, der freien Szene bis zu etablierten Institutionen der sogenannten Hochkultur – bereichern.

Kommunal erlebbare Kultur stiftet Identifikation der Einwohnerinnen und Einwohner mit ihrer Kommune und ihrer Region. Sport und Kultur sind grundlegende Bedürfnisse eines Jeden. DIE LINKE tritt dafür ein, dass sie für alle Menschen unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht oder Einkommen zugänglich sind.

In den Kommunen der Städteregion leben immer mehr Menschen und vor allem Kinder in prekären Verhältnissen. Wenn Menschen sich vorrangig Gedanken über das Morgen machen müssen, spielt Kunst und Kultur in ihrem Leben eine immer geringere Rolle. Kultur muss aber auch zu den Menschen gebracht werden. Eine Kultur der „langen Wege“ können sich nur wenige Menschen leisten.

Jedem Kind sein Instrument! Wir treten ein für die Förderung von Schulen mit musikalischem Förderprogramm, besonders in Brennpunkteinrichtungen (vgl. Projekt JEKISS – Jedem Kind seine Stimme). JEKISS ist ein musikalisches, kostengünstiges Basisprogramm für alle Kinder und wird seit Jahren in Münster und Neuss praktiziert. Dadurch haben alle Kinder Zugang zu Musik, Rhythmus, Bewegung und Stimmbildung.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen fordert:

- eine „Neuausrichtung“ der kommunalen Kulturpolitik hin zur einer „Kultur für Alle“, zugleich gegen eine Verflachung der Kultur in Richtung eines konsumorientierten Mainstreams;
- altersgerechte, aber anspruchsvolle Angebote für Kinder- und Jugendliche und deren Gleichstellung mit Angeboten für Erwachsene;
- eine stärkere Vernetzung der öffentlichen Kultureinrichtungen und der Kulturangebote der Kommunen; die dynamische Anpassung der Kulturfinanzierung an den steigenden Kostenbedarf;
- den Schutz der künstlerischen Freiheit in der freien Kulturszene statt ihrer Unterwerfung unter die kurzfristigen Zielsetzungen von Kommunalpolitik und Verwaltung;
- für eine gezielte Förderung antirassistischer Kultur und interkultureller Politik statt „Leitkultur“;
- die flächendeckende Einführung eines „Kulturpasses“ für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen einschließlich Wohngeld beziehen und der unbürokratisch ermäßigte Eintritte für alle öffentlichen kulturellen Einrichtungen ermöglicht;

- den Erhalt aller kommunalen Kultureinrichtungen von Bibliotheken, Museen bis zu Orchestern und Theatern; zu bestimmten Zeiten sollte der Eintritt regelmäßig kostenlos sein;
- den Erhalt und Ausbau von Stadtteilkultur und Stadtteilhäusern mit ihren aktiven Mitmachangeboten, sowie ähnlichen Einrichtungen im ländlichen Raum;
- den Schutz der Kulturschaffenden vor Ideenklau bei kommunalen Projektanträgen;
- das Recht der Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst, auf Missstände hinzuweisen (sogenannte Whistleblower);
- das Recht zum Erlernen eines Instrumentes; so bald wie möglich als fester Bestandteil des Vor- und Grundschulunterrichts und die verlässliche Finanzierung durch das Land.

## Integration vor Ort gestalten – für ein solidarisches Miteinander

Unsere Gesellschaft wird immer vielfältiger und bunter. Wohin sie sich entwickelt, hängt entscheidend davon ab, ob alle hier lebenden Menschen sich gemeinsam und solidarisch an den Prozessen beteiligen und sie mitgestalten können. Wichtige Voraussetzungen hierfür sind Toleranz und ein respektvolles Verständnis für andere Lebensweisen, sofern diese nicht mit den individuellen Freiheiten im Widerspruch stehen.

Integration ist keine Einbahnstraße. Sie erfordert beidseitige Bereitschaft, einander zu verstehen und sich auf die neue gesellschaftliche Realität einzulassen. Die Integrationshindernisse, die angegangen werden müssen, liegen auf der Hand; räumliche Segregationstendenzen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Migrationshintergrund. Hinzu kommen mangelnde Bildungsgerechtigkeit, mangelnde Möglichkeiten der politischen Teilhabe und nicht zuletzt der Rassismus im Alltag.

Bund und Land sind gefordert entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Den teilweise seit Jahrzehnten hier lebenden Menschen muss endlich das Wahlrecht gegeben werden. Doch das Abschieben der Verantwortung auf Bundes- und Landesebene hilft den Betroffenen nicht

weiter. Die Kommunen müssen ihre Einfluss- und Druckmöglichkeiten konsequenter wahrnehmen – und gleichzeitig mit gegebenen Möglichkeiten die Integrationsarbeit in allen Handlungsfeldern verstärken.

Wir setzen uns für einen Dialog zwischen allen Menschen unterschiedlicher Kulturen ein, in dem gegenseitige Vorurteile abgebaut und ein solidarisches friedliches Zusammenleben gestärkt wird. In vielen Kommunen sind die Probleme erkannt worden. Es gibt aber eine nicht zu übersehende Diskrepanz zwischen der Beschreibung der Problemlage und dem Aufzeigen von möglichen Lösungen. Die Gefahr besteht, dass Integrationspolitik zur reinen Symbolpolitik verkommt. Verbesserungen können nur gelingen, wenn notwendige Ressourcen zur Verfügung gestellt und Strukturveränderungen durchgeführt werden.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen plädiert für:

- ein Integrationsverständnis, das unter Einbeziehung aller Migrantenorganisationen und des Integrationsbeirates parteiübergreifend im Rat entwickelt wird; damit wird eine Grundlage geschaffen, dass sich alle Menschen heimisch und akzeptiert fühlen;
- ein Wahlrecht für Alle, die seit Jahren hier leben; der erste Schritt dorthin ist die Ausdehnung des Kommunalwahlrechts auch auf alle Nicht-EU-BürgerInnen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben;
- die Stärkung der Integrationsräte und Beachtung ihrer Beschlüsse in den Ratsgremien und die Entsendung von Vertretern der Integrationsräte in die Ratsausschüsse;
- ein kommunales wohnraumpolitisches Konzept, in dem die Stadt die räumliche Abschottung gezielt verhindert; die Stadt hat dafür Sorge zu tragen, dass keine sozial-kulturell bedingten Segregationen entstehen;
- öffentlich geförderte interkulturelle Projekte und Ansätze; das gilt besonders in der Jugendarbeit;
- zusätzliche Förderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas und Schulen; darunter fällt insbesondere die Förderung der Herkunftssprache und ihre Gleichsetzung mit Pflichtfremdsprachen, um die Integration aber auch Bildungs- und Berufschancen zu verbessern; antirassistische Arbeit sollte außerdem in Schulen kontinuierlich gefördert werden;

- die weitere interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der Verwaltung; bei Neueinstellungen in der Verwaltung, besonders auch in den oberen Ebenen, sollen entsprechend der Zusammensetzung der Bevölkerung Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden; Antidiskriminierungsmaßnahmen werden im Bereich Arbeitsmarkt getroffen und durchgesetzt; in der Verwaltung muss eine Stelle gegen Diskriminierung installiert werden;
- die Gewissens- und Religionsfreiheit aller Menschen mit all ihren Strukturen und aktiv gegen jegliche diskriminierenden Handlungen;
- die konsequente Verhinderung der Sammelunterkünfte und Installierung einer Härtefallkommission; Erstellung eines Konzepts für die schulische Ausbildung und medizinische Versorgung von Flüchtlingen und „Illegalisierten“ und deren „Legalisierung“ (Erteilen von Aufenthaltsgenehmigung). Zudem soll es bei der Vermittlung von Erwerbsarbeit besondere Hilfestellung gegeben und der Druck auf andere staatliche Instanzen zur Änderung der gesamten Flüchtlingspolitik verstärkt werden;
- aktive Städtepartnerschaften bzw. Städtefreundschaften mit solchen Kommunen und Regionen, aus denen die hier lebenden Menschen ursprünglich stammen; projektbezogene Partnerschaften werden zudem gezielt initiiert.

## Kein Mensch flieht freiwillig – Flüchtlinge willkommen heißen

Asylsuchende, Geduldete und „Illegalisierte“ sind in besonderer Weise von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen. Sie leben in den Kommunen oft unter völlig unwürdigen Verhältnissen in Sammelunterkünften und erhalten in einigen Kommunen nicht einmal die vom Verfassungsgericht als viel zu gering kritisierten Zahlungen gemäß Asylbewerberleistungsgesetz. Stattdessen werden sie mit Gutscheinen oder Essenspaketen abgespeist. Vielfach sind sie zudem vom Arbeitsmarkt und von Integrations- und Bildungsmaßnahmen ausgeschlossen. Dadurch wird die gesellschaftliche Teilhabe verwehrt. Durch die Residenzpflicht

wird ihnen das Recht auf Freizügigkeit versagt. Die oft Jahre dauernde Unsicherheit über ein Bleiberecht macht eine Lebensplanung unmöglich.

Kein Bundesland schiebt so viele Menschen ab wie Nordrhein-Westfalen. Jede Abschiebung zerreißt Freundschaften und vertreibt Menschen aus ihrer neuen Heimat, während in der alten Heimat oft Verfolgung und Folter drohen. Immer wieder nehmen sich Menschen, denen die Abschiebung droht, das Leben.

Wir streiten für einen sofortigen Abschiebestopp und gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen. Anstatt Flüchtlinge bekämpfen wir Fluchtursachen. Angesichts der großen Zahl von Menschen, die vor Krieg, Armut und Diskriminierung fliehen, muss Deutschland mehr Menschen aufnehmen und eine Willkommenskultur unabhängig von wirtschaftlichen Interessen entwickeln.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen setzt sich ein für:

- die Sicherstellung menschenwürdiger Wohnverhältnisse und die Abschaffung von Sammelunterkünften; wenn kurzfristige Unterbringung in Sammelunterkünften nicht vermieden werden kann, müssen diese zentral in Städten gelegen sein;
- Geld- statt Sachleistungen in Höhe der Hartz IV-Regelsätze sowie Zugang zu vergünstigten ÖPNV-Tickets;
- den Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung für Asylsuchende, Geduldete und „Illegalisierte“; Gleichbehandlung mit Kassenpatienten;
- die Teilnahmeberechtigung an Integrations- und Sprachkursen auch für Asylsuchende, Geduldete und „Illegalisierte“;
- Hilfestellung bei der Vermittlung in die Erwerbsarbeit;
- die Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, in das Bildungs- und Teilhabepaket;
- die Einrichtung von Hrtefallkommissionen für Flüchtlinge, an die sich von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge und Migranten wenden können;
- die Abschaffung von schikanierenden „Sicherheitsmaßnahmen“ in den Ausländerbehörden;

- die Erstellung eines Konzepts zur Legalisierung (Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung) von „Illegalisierten“;
- die bessere finanzielle Ausstattung von unabhängigen Beratungsstellen;
- den Kampf gegen jede Abschiebung. Der kommunale Handlungsspielraum muss ausgereizt werden. DIE LINKE setzt sich auch weiterhin dafür ein, dass in der Städteregion keine Menschen abgeschoben werden. Wir unterstützen Mobilisierungen antirasistischer und Flüchtlingsinitiativen zur aktiven Verhinderung von Abschiebungen und nutzen unsere Parlamentspositionen, um diese Kämpfe bekannt zu machen.

## Für eine bunte Städteregion – gegen Faschismus und Rassismus

Vielfalt ist in den letzten Jahren immer mehr ein Element des Zusammenlebens vor allem in den Großstädten geworden. Das Durchschnittsalter steigt, mehr als 25 Prozent der Menschen in Nordrhein-Westfalen haben einen Migrationshintergrund. Die kulturelle und religiöse Vielfalt nimmt zu und die gesellschaftliche Akzeptanz für unterschiedliche sexuelle Orientierungen wächst.

DIE LINKE will offene, bunte und vielfältige Kommunen. Dazu gehört das Zusammenleben von Menschen in verschiedenen Lebenssituationen und mit verschiedenen Lebensweisen. Eine offene, bunte, vielfältige und dadurch lebenswerte Kommune setzt den respektvollen Umgang mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und unterschiedlichen Meinungen voraus.

Faschistische und rechtspopulistische Organisationen aber wollen das Gegenteil und setzen auf Ausgrenzung und Gleichschaltung. NPD, REP und Pro NRW wollen sich mit Kampagnen gegen eine angebliche „Islamisierung“, gegen Moscheen, Flüchtlinge und Zuwanderung profilieren. Neofaschisten und Rechtspopulisten sind nach wie vor in zu vielen kommunalen Vertretungen präsent. Es ist nicht hinnehmbar, dass sie durch diese Mandate ihre menschenverachtende Politik verbreiten.

Die braune, fremdenfeindliche Hetze der Neofaschisten und Rechtspopulisten und ihre Verbindungen zur militanten Neonazi-Szene, den „Freien Kameradschaften“, die für Gewalttaten und Mordanschläge auf Migranten, Antifaschisten, Punker, Obdachlose und Homosexuelle verantwortlich sind, verdeutlichen die Bedrohung für ein friedliches Zusammenleben. Die Morde des NSU zeigen sehr deutlich, wohin neofaschistische Gewalt in Nordrhein-Westfalen führt. Diese Verbrechen sind in NRW parlamentarisch bisher nicht aufgearbeitet worden. Die Morde waren nur möglich, weil Polizei und Justiz weg-



geschaut haben und der Verfassungsschutz tief mit den Strukturen der Nazi-Gruppen verflochten ist. DIE LINKE begrüßt das Verbot der rechtsextremen Kameradschaften. Gleichzeitig fordern wir, die Partei „Die Rechte“, Nachfolgeorganisation der verbotenen Kameradschaften, ebenfalls zu verbieten.

DIE LINKE fordert außerdem das Verbot der neofaschistischen NPD, sowie aller anderen faschistischen und rassistischen Parteien. Diese Forderung ist bereits in der Landesverfassung, Artikel 32 verankert: „Vereinigungen und Personen, die es unternehmen, die staatsbürgerlichen Freiheiten zu unterdrücken oder gegen Volk, Land oder Verfassung Gewalt anzuwenden, dürfen sich an Wahlen und Abstimmungen nicht beteiligen.“

Statt von Nazis kontrollierten Zonen will DIE LINKE ein angstfreies, offenes und solidarisches Zusammenleben ermöglichen. Rassistische und neofaschistische Hetze bekämpfen wir auf allen Ebenen.

Die Unterstützung von antirassistischer und antifaschistischer Arbeit muss verbessert werden. Antifaschismus ist eine demokratische, parteiübergreifende Aufgabe – bei Demonstrationen, in Netzwerken gegen Rechts, in Jugend- und Kulturbündnissen ebenso wie in Stadtparlamenten und Kreistagen.

DIE LINKE wendet sich entschieden gegen die Kriminalisierung von antifaschistischen Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen Naziaufmärsche. Die Aufmärsche der Neonaziszene und ihre

rassistischen Konzerte wurden viel zu selten von den Kommunen und vom Land verhindert.

Wir verkennen nicht: Rechtspopulismus wirkt bis weit hinein in die Mitte der Gesellschaft. Das macht auch der Zuspruch für antieuropäische Parteien wie der AfD deutlich. Eine breit angelegte Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut in jeder Form ist notwendig. Antifaschismus muss die soziale Ungleichheit bekämpfen und sich für gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben, einsetzen.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen tritt ein für:

- die Verhinderung von Kundgebungen oder sonstigen öffentlichen Aufmärschen aus dem neonazistischen, rassistischen und antisemitischen Spektrum mit allen rechtlichen Mitteln. Sie sind unverzüglich zu veröffentlichen, um AnwohnerInnen und Initiativen die Organisation von Protesten zu ermöglichen. Das Land NRW muss zudem die Strafverfolgung bei der Nutzung von Nazi-Symbolen erleichtern. Keine öffentlichen Plätze und Straßen für Faschisten!
- das Verbot aller faschistischen, antisemitischen und rassistischen Organisationen.
- die Erarbeitung kommunaler Aktionspläne gegen Rechts und ihre rasche Umsetzung.
- die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur kommunalen Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Faschismus und Rechtspopulismus, insbesondere an Schulen und in Jugend- und Familien-einrichtungen.
- die Einrichtung von Informations-, Beratungs- und Bildungsstellen gegen Rechtsextremismus und die Förderung von kommunalen Bündnissen gegen Rechts.
- die Einrichtung von geschützten Zufluchtsorten und Anlaufstellen für die Opfer rassistischer und neofaschistischer Gewalt mit Projekten wie z. B. „Aktion Noteingang“ oder „antirassistischer Telefonketten“.
- die ausreichende finanzielle Ausstattung von Beratungsstellen in ganz NRW für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt.
- die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die immer noch Namen von „Steigbügelhaltern“ des deutschen Faschismus oder von Rassisten, Antisemiten und Militaristen tragen.

- die Unterstützung – gerade auch in administrativen und finanziellen Fragen – von Aktionen zum Gedenken an die Opfer der Nazi-Zeit wie z. B. die „Stolpersteine“ oder den „Zug der Erinnerung“.
- Konsequentes Vorgehen gegen die Unterwanderung von Fußballfans durch Nazis. Vereine müssen klare Regeln zur Sanktionierung von rassistischen Äußerungen von Fans im Stadion schaffen. Die Vereine mit größeren Zuschauerzahlen müssen Fan-Projekte einrichten und finanziell ausreichend ausstatten.

## Transparenz schaffen – Bürgerrechte stärken

Bürgerbeteiligung ist nicht allein ein demokratisches Gebot, sondern unabdingbar für politische Entscheidungsprozesse, da durch eine öffentliche Debatte auf die Weisheit von Vielen gesetzt wird. Alle fünf – aktuell sechs – Jahre, sind die Bürger aufgerufen, ihre Gemeinde- beziehungsweise Stadtvertretung zu wählen. Hier in der Region wird zeitgleich auch der Städteregionstag gewählt. Ebenso werden die hauptamtlichen Bürgermeister, Oberbürgermeister sowie der Städteregionsrat direkt gewählt. Durch die Gemeinde- und Kreisordnungen sind die weiteren Mitsprache- und Beteiligungsrechte geregelt.

Hier heißt es: „Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich aktiv in das regionale politische Geschehen einbringen und bei der strukturellen Entwicklung der Region mitwirken“.

### **Demokratie für alle**

Wir wollen die tiefe Krise der Stellvertreter-Demokratie durch die Stärkung direkter Demokratie überwinden (beispielsweise beteiligten sich 2009 nur 54,65 Prozent der Wahlberechtigten an den Wahlen zum Städteregionstag). Alle hier lebenden Menschen sollen jedoch am demokratischen Prozess teilnehmen können, denn allen sollten die gleichen politischen Freiheiten zustehen. Damit unter anderem auch Migrantinnen und Migranten an Kommunalwahlen teilnehmen dürfen, setzt DIE LINKE sich dafür ein, dass das aktive und passive Wahlrecht auf alle Gemeindeangehörigen ausgedehnt wird.

Auch die Kommunen selbst brauchen ein Mitbestimmungsrecht in allen Angelegenheiten, die sie direkt betreffen. Neben Bundestag und Bundesrat könnte das durch eine Kammer der Kommunen gewährleistet werden. Mit einem Initiativrecht für den Bundestag könnte sie Gesetzesinitiativen einbringen, die im Bundestag verhandelt werden müssen. Des Weiteren sollen nach unserer Auffassung alle Bundesgesetze mit direkter Wirkung auf die Kommunen der Zustimmung der Kammer der Kommunen bedürfen.

### Mitreden beim kommunalen Haushalt

Kommunale Haushalte arbeiten mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger. Über die Verwendung von Haushaltsmitteln in ihrer Gemeinde sollen die Bürgerinnen und Bürger mitbestimmen können. In einigen Kommunen ist damit, z. B. nach dem Modell des Berliner Stadtteils Lichtenberg, begonnen worden.

In anderen Kommunen soll sich Beteiligung auf Vorschläge von EinwohnerInnen zu Einsparungen beschränken. Die Einführung eines demokratischen ‚Bürgerhaushaltes‘ muss vor Ort über mehrere Jahre entwickelt werden, indem er schrittweise in einem regelmäßigen Beteiligungsverfahren aufgestellt wird. Die LINKE wird dabei besonders jene EinwohnerInnen unterstützen, die bisher kaum über Einfluss verfügen und von der herrschenden Politik wenig berücksichtigt werden. Wenn auf Kosten der Mehrheit der EinwohnerInnen für einzelne Gruppen, Firmen und Konzerne Beschlüsse gefasst werden sollen, werden wir dies öffentlich machen und zu Formen des Protests aufrufen.



## **Petitionen**

Petitionen sind ein Element direkter Demokratie und wichtiger Bestandteil unseres parlamentarischen Systems. Durch sie können sich die Bürger direkt und unmittelbar an die Volksvertretung wenden. Verfassungsrechtlich verankert ist das Petitionsrecht in Artikel 17 des Grundgesetzes. DIE LINKE unterstützt Bürgerinitiativen, die sich für Petitionen auf kommunaler Ebene einsetzen. Auf der Homepage der Städte und Kommunen sowie des Städteregionstages, sollte ein Online-Formular für eine E-Petition zur Verfügung stehen, welches auch mit einer elektronischen Unterschrift gezeichnet werden kann. So werden die Hürden für die Unterschriftensammlung des Petenten als auch der Unterzeichnenden gesenkt und allen wird die Möglichkeit zur Einbringung erleichtert. Dies dient der Transparenz sowie der Barrierefreiheit.

## **Bürgerbegehren und Bürgerentscheid**

Die Gemeinde- und Kreisordnung gibt den Wahlberechtigten das Recht, unter bestimmten Voraussetzungen über Selbstverwaltungsaufgaben selbst zu entscheiden. Zu einem Bürgerentscheid kommt es entweder durch Beschluss der Gemeinde- oder Stadtvertretung beziehungsweise des Städteregionstages oder auf Antrag der Bürgerinnen und Bürger (Bürgerbegehren). DIE LINKE setzt sich für mehr Bürgerbeteiligung ein, damit die Interessen Aller berücksichtigt werden und mögliche Planungsfehler, Vetternwirtschaft und unnötige Kosten vermieden werden. Immer wieder scheitern Bürgerentscheide an unzureichend organisierten Möglichkeiten, seine Stimme für ein Quorum abzugeben. Wir fordern, dass Bürgerentscheide zu gleichen Bedingungen durchgeführt werden wie Wahlen.

## **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**

Gemeinden müssen Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, angemessen beteiligen. Demokratie bedeutet, sich einmischen zu können; besonders, wenn es um die eigenen Probleme, Ziele und Interessen geht. Echte Beteiligung motiviert zum Mitmachen.

DIE LINKE fordert die unmittelbare Repräsentation von Kinder- und SchülerInnen-Interessen, um die Mitgliedschaft im Kinder- und Jugendparlament (KiJuPa) aufzuwerten und die politische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu erhöhen. Um Wahl- und Beteiligungsverdrossenheit entgegen zu wirken, sollte mindestens eine Teilnahme mit beratender

Stimme für Kinder- und Jugend-VertreterInnen an den Sitzungen von Ausschüssen eingerichtet werden.

### **Sitzungen per Livestream, barrierefrei und für alle zugänglich**

Erleichterungen der Teilhabe für alle Menschen mit und ohne Behinderung an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen und die Möglichkeit der Mitbestimmung sind per Internet zu schaffen. Ein so erleichterter Zugang zur Teilnahme an (Rats-)Sitzungen, stärkt das politische Interesse und die Beteiligung. Wir setzen uns für die Übertragung per Livestream sowie eine Aufzeichnung der Sitzungen ein, sodass diese in einer Mediathek zu einem späteren Zeitpunkt noch aufgerufen werden können. Die Sitzungen des Stadtrats sollen zukünftig auch in Gebärdensprache übersetzt werden, die zugleich bei den Internetübertragungen auf der städtischen Website direkt eingeblendet wird. Eine Archivierung der Aufzeichnungen bezieht diese Simultanübersetzung mit ein.

### **Transparenz der Aufsichtsräte in den städtischen Gesellschaften**

Wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge werden in Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung umgesetzt, die in der Regel GmbHS oder Aktiengesellschaften sind. Dadurch kommt es zu einem Spannungsverhältnis zwischen dem vom Grundsatz der Öffentlichkeit ausgehenden Kommunalrecht und den Einschränkungen des Gesellschaftsrechts. Die Geschäftspolitik der städtischen Gesellschaften und die Entscheidungen der Aufsichtsräte sind für die Öffentlichkeit oft nicht transparent, obwohl deren Belange betroffen sind. Auch für Ratsmitglieder bleiben Vorgänge und Entscheidungen oft undurchsichtig. Die LINKE fordert hier absolute Transparenz. Schulungen für Aufsichtsrats- und Ratsmitglieder sind von Städten, Kommunen oder Städteregion zu finanzieren.

### **Transparenz und Demokratie gegen Lobbyismus und Korruption**

Die Beteiligungs- und Informationsrechte sowohl aller Gemeindeangehörigen, als auch die der einzelnen Stadtverordneten, sollen wesentlich gestärkt werden. Hierzu bedarf es neuer Mitwirkungsmöglichkeiten, einer Verringerung bestehender Hürden bei Wahlrecht und Bürgerbeteiligung, allgemeiner Öffentlichkeit der Sitzungen und Veröffentlichungspflichten bei Beschlussfassungen. Die Veröffentlichungspflichten sollen auch auf kommunale Beteiligungen ausgeweitet und die Rechenschaftspflicht gegenüber dem Kommunalparlament erfolgen. Städte, Kommunen und Städteregion sollen durch Mitgliedschaft bei Transparency International

ein Zeichen für Korruptionsbekämpfung setzen. In der Städteregion soll um unmittelbare Einflussnahme von Fremdinteressen auf politische Entscheidungen zu vermeiden, der interne Fachverstand der Verwaltung anstelle von Beraterfirmen genutzt werden.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen setzt sich ein für:

- die Einberufung einer Einwohner- oder Stadtteilversammlung zur Information über wichtige Angelegenheit der Gemeinde.
- die Möglichkeit für anwesende EinwohnerInnen zu kurzen Nachfragen oder Stellungnahmen auch während Rats- und Ausschusssitzungen zu jedem Tagesordnungspunkt; auch nicht direkt Betroffene sollen das Recht haben, beispielsweise gegen Bauvorhaben oder andere Planungen, Einwände erheben zu können (Bürgerinitiativen, Interessengruppen).
- gleiche Bedingungen für Bürgerbegehren wie für Wahlen (gemeint ist z. B. ausreichende Möglichkeiten der Stimmabgabe für ein Quorum).
- eine unabhängige Beratungsstelle für Menschen, die sich über die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung informieren möchten.
- die Möglichkeit der Mitglieder des KiJuPa mit beratender Stimme an den Sitzungen von Ausschüssen teilzunehmen.
- die Übertragung der Ratssitzungen per Livestream sowie der medialen Aufzeichnung mit Übersetzung in Gebärdensprache aller Sitzungen.
- Transparenz der Aufsichtsräte in den städtischen Gesellschaften. Insbesondere Ratsmitglieder müssen über die Inhalte umgehend informiert werden.
- die Mitgliedschaft bei Transparency Deutschland aller Städte, Kommunen und der Städteregion, um ein Zeichen gegen Korruption zu setzen.
- die öffentliche Begründung von nichtöffentlichen Themen in Sitzungen und deren Reduzierung auf ein Minimum. Beschlüsse zu Veräußerungen (Privatisierungen) sollen nur in öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung gefasst werden dürfen.
- ein Verbot von Beraterverträgen bei Städteregionstagsmitgliedern.

- den Vorrang des Fachverständes der Verwaltung anstelle von Beraterfirmen.

DIE LINKE in der Städteregion Aachen setzt sich gemeinsam mit Bürgerinitiativen bei der Landesregierung ein für:

- eine Senkung der Hürde ‚Anzahl der Unterstützerunterschriften‘ (Quorum) für Bürgerbegehren zur Abwahl eines Bürgermeisters oder Städteregionsrates;
- eine Änderung der Gemeinde- und Kreisordnung dahingehend, dass Petitionen auf kommunaler Ebene möglich werden.

*Gute Lebensbedingungen für alle in der Städteregion Aachen lebenden Menschen zu schaffen, ist eine Gemeinschaftsaufgabe! Daher bitten wir Sie um Ihr Vertrauen in unsere politische Arbeit und laden Sie herzlich ein, aktiv mit der Partei DIE LINKE für mehr soziale Gerechtigkeit und den Schutz von Mensch und Umwelt einzutreten. Streiten Sie mit uns für dieses Ziel!*

## Bildnachweis

Folgende Fotos nutzen wir mit Einverständnis der FotografInnen:

S. 3 (DIE LINKE NRW); S. 17, 20, 51, 56, 59, 60 (DIE LINKE Aachen), S. 60 Städteregion (Ute Haupts), S. 60 Aachen (Andreas Schmitter).

Folgende Bilder wurden unter Lizenz von Pixelio.de übernommen:

S. 11 (Peter Hebgem); S. 14 (Rainer Sturm); S. 31 (Kurt Michel).



Folgende Bilder wurden unter Creative-Commons-Lizenz BY-SA von Wikimedia Commons übernommen: S. 1 Aachen (Lokilech), Alsdorf (Sir Gawain), Baesweiler (Christian Faulhammer), Eschweiler (GDelhey), Herzogenrath (Hans Peter Schaefer), Monschau (Túrelío), Roetgen (Michielverbeek), Simmerath (Gabriele Delhey), Stolberg (Alupus); S. 41 (Wi1234).

© ⓘ ⓘ <http://creativecommons.org/licenses/>

(In Klammern sind die jeweiligen FotografInnen bzw. lizenzgebenden TeilnehmerInnen bei Pixelio und Wikimedia Commons angegeben.)



Helga Ebel, Uwe Löhr, Harald Siepmann, Marika Jungblut (v.l.)

### **LINKE Kandidatinnen und Kandidaten zum Städteregionstag:**

1. Uwe F. Löhr (Stolberg)
2. Marika Jungblut (Baesweiler)
3. Helga Ebel (Aachen)
4. Harald Siepmann (Aachen)
5. Monika Gottfried (Stolberg)
6. Manfred Lutter (Aachen)
7. Dr. Ute Koité-Herschel (Aachen)
8. Dirk Makowski (Aachen)
9. Lara Basten (Aachen)
10. Wolfgang Weißhuhn (Aachen)
11. Gabi Halili (Stolberg)
12. Manfred Schallenberg (Monschau)
13. Adelheid Pulinna (Aachen)
14. Hans Linneweber (Simmerath)
15. Doris Schmidt (Aachen)
16. Oliver Schmidt-Schwan (Alsdorf)

Uwe F. Löhr ist auch der LINKE Kandidat für das Amt des Städteregionsrats.

DIE LINKE kandidiert 2014 zum Städteregionstag Aachen und zu den Stadträten in Aachen, Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Stolberg und Würselen sowie zu den Bezirksvertretungen Aachen-Mitte und -Laurensberg.

Mehr dazu unter [www.dielinke-aachen.de/wahl](http://www.dielinke-aachen.de/wahl)



DIE LINKE. Gemeinsam druck machen.  
Mit Menschen wie du und ich.

## DIE LINKE Kreisverband Städteregion Aachen

Anschrift Augustastraße 69, 52070 Aachen

Telefon 0241/990 25 31

Telefax 0241/990 52 28

E-Mail [kontakt@dielinke-aachen.de](mailto:kontakt@dielinke-aachen.de)

Web [www.dielinke-aachen.de](http://www.dielinke-aachen.de)

V.i.S.d.P.: Agnes Schwedt (Kreissprecherin / Wahlkampfleiterin)

Gestaltung: Darius Dunker (Kreissprecher / stv. Landessprecher)

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Städteregion Aachen